Merseburger Korrespondent

Erscheint wöch. nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis für die 2. Augusthälfte (halbmonatl.) 400000 M. freiHaus, fällig bei Bezug. o. Quitto. Abweichungen nur statthaft bei Auflage d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholung wöchentl. 200000 M. — Postbezug monatl. freibleibend. — Einzelnummer 40000 M., bei 8 Seiten 50000 M.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

mit dem Amtsblatt der Stadt Merseburg

der wöchentl. unentgeltlichen Beilage Am häuslichen Herd und dem monatl. erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 11000 M., im Reklameteil 33000 M. Aufschlag, Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vorm. Belegnummer wird berechnet. Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V. Kreis Mitteldeutschland.

Nr. 196 — Mittwoch den 22. August 1923. — 50. Jahrg.

Die Bedeutung der Steuern und der Goldanleihe.

Marksturz und Notverordnung.

Während das Plenum des Reichstags Ferien gemacht hat, sind Steuer-, Haushalts- und wahrscheinlich auch der Hauptausschuß noch längere Zeit mit Arbeiten beschäftigt. Das Finanzprogramm mit allen seinen Folgeerscheinungen hat diese Kleinarbeit des Reichstags nötig gemacht, eine Arbeit, von der der Zeitungsleser viel zu wenig erfährt. Um aber den Sinn des Parlamentarismus und die tatsächliche sachliche Arbeit würdigen zu können, die im Parlament geleistet wird, müßte man gerade über die Ausschußberatungen mehr erfahren als über manche Plenarsitzungen, in denen Kommunisten und andere Dauerredner das Parlament zu produktiver Arbeit verbindern und den Reichstag zur Tribüne innerpolitischer Phrasen machen, die dem Parlamentarismus widerlegen sollen, so wie das Verhalten dieser Redner ihn ja tatsächlich schädigt.

Vor einem dieser Reichstagsausschüsse wird die Reichsregierung wahrscheinlich am Donnerstag die Maßnahmen begründen, die sie am Montag und Dienstag beschlossen hat und die zu einer **Notverordnung** zusammengefaßt werden, über deren Inhalt noch sehr wenig bekannt ist, deren Wortlaut aber am Mittwoch abend vorliegen dürfte.

Nicht der einzige, aber ein Anlaß zu so entscheidenden Maßnahmen ist der **neuerliche Marksturz** gewesen, der diesmal von Neuyork aus eintrat. Die Berliner Börse hat am Dienstag noch nicht den letzten Neuyorker Dollarkurs von 7½ Millionen Mark sich zu eigen gemacht; bei dem fast völligen Mangel an Devisenangebot im offiziellen Verkehr war aber der amtliche Dollarkurs von 5½ Millionen im Freiverkehr fast überall überholen.

Wo sind die Ursachen dieser neuen Verschlechterung der Mark zu suchen, die schon bedenklich nahe an die letzten Rekordkurse zur Zeit des Berliner Kommunistenrummels herankommt? Zunächst einmal ist festzustellen, daß das Finanzprogramm noch nicht ins Stadium seiner Wirksamkeit getreten ist und daß vor allem die zur Stützung der Mark bestimmte Goldanleihe erst seit wenigen Tagen zur Zeichnung aufliegt. Es ist also zunächst ein Fortgang der Zustände vorhanden, die das neue Kabinett vom alten übernommen hat, und sowohl die unveränderte Politik der Reichsbank wie die abnorm hohen Ziffern der neuen Beamtengehälter sind als Fortsetzung dieser alten Zustände zu bezeichnen. Das muß der gesellschaftlichen Kritik entgegengehalten werden, die insbesondere von deutschnationaler Seite kommt und die aus dem Umstand, daß nun ein paar Tage lang die neue, von den Deutschnationalen bekämpfte Regierung am Ruder ist, den Vorteil zieht, daß man dieser neuen Regierung alles zum Vorwurf machen kann, was gerade die deutschnationale Presse der alten, so vielfach von Dr. Helfferich beratenen Regierung hatte schweigend hingehen lassen. Ob dieser finanzpolitische Frontwechsel noch als sachliche Kritik bezeichnet werden kann, ist freilich sehr zweifelhaft.

Die Mitteilung des Reichsbankpräsidenten im Reichsrat über **die Unzahl von Billionen**, die die Reichsbank in diesen Tagen in den Verkehr pumpen muß, wäre besser nicht veröffentlicht worden; denn so sehr auch dieser Notendruck nur der schon vorhandenen Entwertung der Mark und dem berechtigten Zahlungsmittelanspruch nachzukommen bestimmt ist, so sehr wirken diese Ziffern stimmungsmäßig auf die Börsen des Auslandes ein, wo man nun einmal den Wert des Geldes nach der Umlaufszahl beurteilt, und so sehr ermuntern solche Mitteilungen die preisbildenden Wirtschaftskreise zu einer Vorauskalkulation. Deshalb beginnt ja gerade die Inflation bei uns ihren Zweck zu verfehlen, weil in jeder Preisbildung schon eine recht erhebliche Risikoprämie, eine Vorwegnahme der nächsten möglichen Markentwertung, steckt. Man kann mit der Moral in solchen Fällen wenig ausrichten; denn wenn einmal das Tempo der Inflation so schnell geworden ist, wie heute bei uns, dann drängt sich der Wirtschaft die Notwendigkeit einer solchen Risikoprämie nur zu leicht auf. Kommen dazu noch die Ankündigungen der neuen Beamtengehälter, die zum Teil ungleich den übrigen Gehältern auf mehr als einen Monat vorausbezahlt werden, dann wird auch im Detailverkehr eine Flüssigkeit erzeugt, die preistreibend wirken muß.

Alle diese Tatsachen zeigen, daß wir zu einer wenigstens teilweisen Sanierung der Staatsfinanzen und zu einer Stützung der Währung kommen müssen. Binnen kurzer Zeit würde die Inflation völlig außerstande sein, die Dienste zu leisten, die sie bei langsamer weichendem Marksturz immerhin geleistet hat, und wir hätten dann nur mehr ihre Schäden. **Es muß daher rasch und entschiedend dem Reich nicht nur in Form der Steuern Papiergeld, sondern in Form der Goldanleihe und vielleicht außerhalb dieser in Form eines Devisenfonds wertbeständiges Zahlungsmaterial zugeführt werden.** Die Methoden dürften in der Notverordnung ihren Ausdruck finden. Da wir nicht wie Österreich mit fremder Hilfe, sondern aus eigenen Vorräten zu einer Teilsanierung schreiten müssen, so kann das Reich und die Währung nur aus den Gewinnen saniert werden, die während der Inflationszeit aus dem Weichen des Markkurses gemacht wurden. Es muß daher möglich sein, natürlich gegen Bezahlung in Papiermark oder gegen Reichsanleihestücke, einen Teil der Devisenreserven herauszuziehen, die eben vorhanden sind. Dazu braucht es keiner Ausnahmegesetze, die Reichsverfassung, die so viel beschimpft und so wenig gelesen wird, sagt in ihrem Artikel 134: „Alle Staatsbürger ohne Unterschied tragen im Verhältnis ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten nach Maßgabe der Gesetze bei.“ Und, im Artikel 153, der vom Eigentum handelt, heißt es ausdrücklich: **„Eigentum verpflichtet.“** Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste.“ Es muß möglich sein, diese Bestimmungen zum lebendigen patriotischen Bewußtsein zu bringen und damit dem Volk zu zeigen, daß die Verfassung ihren Wert hat, wenn sie nur im nationalen Sinne wirklich angewendet wird.

Frankreichs Forderungen unverändert!

Der Inhalt der Antwort Poincarés nach Darstellung des Temps.

Der Inhalt nach der Darstellung des „Temps“.

Poincarés Antwortnote an England ist, wie bereits gemeldet, gestern überreicht worden. Über den Inhalt können wir bisher nur aus Mitteilungen des „Temps“ schließen. Angeblich erwartet man in Paris ungeduldig Stresemanns nächste Äußerung. Was der „Temps“ über den Inhalt mitteilt, schließt aber aus, daß Stresemann sich in der Sache anders stellen kann, als die bisherige deutsche Politik.

Die Hauptsache an der Note sind die sogenannten

Vorschläge Poincarés.

Näher besehen, decken sie sich mit den bekannten Instruktionen für den französischen Botschafter in London, wie sie am 10. Juni formuliert worden sind.

Das Ruhrgebiet soll nur nach Maßgabe deutscher Zahlungen geräumt werden.

Die französische Forderung beträgt 26 Goldmilliarden.

Weitere Forderungen gegenüber Deutschland würde es in jener Höhe erheben, in der es selbst gezwungen wäre, Schulden an England und Amerika zu bezahlen. Poincare bindet also die deutschen Reparationszahlungen an die

interalliierten Schulden,

obwohl das englische Kabinett ihn bereits in der Note vom 11. August darauf aufmerksam gemacht hatte, daß eine solche Verknüpfung unstatthaft sei.

Bezüglich der Schlichtung des Ruhrkonfliktes wiederholte Poincaré in seiner Note die Instruktionen, die er dem Grafen St. Aulaire am 12. Juni erteilt hatte:

Die Einstellung des passiven Widerstandes würde eine Abänderung der Besetzung

herbeiführen. Der Grundsatz der Besetzung würde aufrecht erhalten bleiben, aber die Zahl der Truppen vermindert werden, und sie würden aus den Bergwerken und Fabriken zurückgezogen. Die Eisenbahnen und Kanäle würden von ihnen nicht mehr bewacht werden. Aber „geräumt“ würde das Ruhrgebiet nur im Verhältnis der von Deutschland geleisteten Zahlungen.

Gegen die Einsetzung einer Sachverständigenkommission

sprach sich Poincare energisch aus. Frankreich sollte 26 Milliarden, Belgien 5, England 14, Italien 2, und die kleineren Alliierten sollten 4,8 Milliarden erhalten. Dazu käme später die Summe, die an Amerika bezahlt werden müßte.

Betreffend

die Zahlungsmethode

stützt sich die Note auf die früheren Mitteilungen, die nicht erwähnt werden. Wir kennen die Lage nur beurteilen, wenn wir die damaligen Zahlungsbedingungen, die also auch jetzt gelten sollen, zum vorgegenwärtigen: Als sportige Einnahmequellen kommen zur „Sicherung“ der Jahreszahlungen in Frage:

1. **die Eisenbahnen des linken Rheinufers**, die bereits von einer interalliierten Regie verwaltet werden, sollen an eine Gesellschaft übertragen werden, an der Frankreich, Belgien, England und die Rheinlande (!) beteiligt werden sollen. Es ist wohl nicht nötig, auf den Wert dieses Pfandes vom Gesichtspunkt der Sicherheit besonders hinzuweisen.
2. Da die **deutsche Schwerindustrie** sich auf Kosten des deutschen Volkes und der Alliierten bereichert hat, so ist es nicht mehr als billig, daß sie sofort einen beträchtlichen Teil der Reparationen auf ihre Schulter nimmt. Eine Anzahl **Kohlengruben des Ruhrreviers sollen vom Reiche enteignet und an eine Gesellschaft übertragen werden**, die auf der gleichen Grundlage zu errichten ist, wie die für den Betrieb der linksrheinischen Eisenbahnen. Die Alliierten erhalten auf diese Weise die Verfügung über die Kohlen, auf die sie ein Anrecht haben. Deutschland aber entledigt sich eines sehr beträchtlichen Teiles seiner Schuld in kapitalisierter Form.
3. Die **Sachlieferungen** sind in einem noch genau zu bestimmenden Umfange wieder aufzunehmen.
4. Die deutschen **Zölle** sind in Gold oder Goldeswert zu erheben und den Alliierten auszuliefern.
5. Gemäß den in Deutschland selbst angewandten Grundsätzen soll ein gewisser Prozentsatz der aus dem Verkauf gewisser Ausfuhrwaren der Großindustrie eingehenden Devisen an die Alliierten abgeliefert werden. Dieser Prozentsatz soll 26. v. H. betragen.

*

Mit diesem Inhalt kann die Antwortnote Poincarés weder in England noch in Deutschland ein neues, fruchtbares Verhandlungsfeld erschließen. Für England ist der Vorschlag mit den interalliierten Schulden die Hemmung, für uns die Fragen des passiven Widerstandes und der Räumung und Beschlagnahme.

Nun soll Stresemann einen neuen Akzent in die Verhandlungen bringen. Angeblich will man ihm in Paris zugestehen, von einer Finanzkontrolle über Deutschland abzusehen, ein Zugeständnis, das von England nicht zu erreichen ist. Auch diese Wendung ist freilich zunächst nur vom „Temps“ angedeutet.

So viel läßt sich jedenfalls sagen, daß Poincarés Note die Reparationsfrage auf dem toten Punkt festhält!

Das Programm des Innenministers Sollmann.

Eine Unterredung über die sächsische und bayrische Frage.

Der neue Innenminister Sollmann, ein im Rheinlande bei allen Parteien als national denkender Mann hochangesehener Abgeordneter, hat dem Vertreter des Berliner Tageblattes Mitteilungen über die gegenwärtige Lage gemacht. Daraus ist neben der Forderung, daß die Reichsregierung eine bestimmte Devisenmenge zur Währungsstützung bekommen müsse, insbesondere die Stellungnahme gegenüber **Sachsen, Bayern** und der **deutschnational-deutschvölkischen Opposition** hervorzuheben. Im Hinblick auf Sachsen zeigte Dr. Sollmann den absoluten Willen, Ordnung zu machen und zusammen mit der sächsischen Regierung, die bekanntlich in den letzten Tagen umgelernt hat, den Terror der jugendlichen Arbeiter zu brechen. Sollmann bedauerte dabei, daß von deutschnationaler Seite die unerfreulichen Ereignisse in Sachsen in der Presse noch aufgebauscht wurden und daß diese Tendenzmeldungen der deutschen Volkswirtschaft schaden, sodaß zum Beispiel die demnächst zu eröffnende Leipziger Messe mit einer starken Schädigung des Auslandsgeschäftes rechnen muß. Die Mitteilungen über die Entschlossenheit, Ordnung zu machen, haben neuerlich den Ruf bekräftigt, den der neue Innenminister genießt und der ihm durch den besonderen Haß der Kommunisten bescheinigt ist. Gegenüber **Bayern** erklärte Dr. Sollmann, daß die Nachricht falsch sei, die bayrische Zeitungen über neuerliche „gewaltsame Experimente“ gebracht hatten. Von derartigen Plänen ist im Reichsinnenministerium des Innern nichts bekannt. Man solle also in Bayern die neue Regierung nicht mißtrauisch und nervös begrüßen, sondern ihr Zeit zur Tätigkeit lassen. E. Sollmann, stamme selbst aus dem jetzt bayrischen Koburg, habe lange in Süddeutschland und ein Vierteljahrhundert im Rheinland gelebt, wo eine ebenso ausgeprägte Eigenart der Bevölkerung wie in Bayern vorhanden sei und wo man auch nicht allzu starke „Liebe zu Berlin“ besitze, die in Bayern bei der Neubesetzung der Ministerien vermutet wurde.

Über die **deutschnationale Presse** äußerte der Minister, daß deren Opposition zu ertragen sei, daß man aber sich darüber wundern müsse, wie auch ernst zu nehmende deutschnationale Blätter die offene Mordhetze deutschvölkischer und national-sozialistischer Zeitungen gegen den Reichskanzler allzu leicht nähmen und die Zeitungsverbote verspotteten. Man habe doch noch die Erinnerung an die Pressehetze, die der Ermordung Erzbergers und Rathenaus vorausgegangen sei. Sollmann erklärte, daß er nach wie vor alle Blätter, die zu Gewalttätigkeiten aufreizen, rücksichtslos verbieten werde, was mit der wahren Freiheit der Presse gar nicht in Konflikt komme. Daß ein scharfes Vorgehen nötig ist, hat erst unlängst eine Unterredung bewiesen, in der Hitler einem amerikanischen Blatte Äußerungen zur Verfügung stellte, die den Kredit des jetzigen deutschen Staates untergraben müsse, was gerade bei der in New York vorhandenen Markbaisse die schlechteste Wirkung haben kann.

London in Erwartung der französischen Note.

London, 22. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Die französische Note ist gestern abend hier eingetroffen und wird einer genauen Prüfung unterzogen werden. Alsdann werden Abschriften des 47 Seiten langen Schriftstückes, das von einem juristischen Bericht des auswärtigen Amtes begleitet sein wird, an die in und außerhalb Englands weilenden Minister versandt werden. Erst wenn der Premierminister und seine Kollegen die französische Note und die für morgen angekündigte belgische Note eingehend geprüft haben, wird die Entscheidung darüber fallen, ob es notwendig ist, einen Kabinettsrat abzuhalten, zu dem Curzon eingetroffen ist. Während übereinstimmend die Ansicht besteht, daß zwischen Poincarés Standpunkt und der Ansicht der englischen Regierung noch eine weite Lücke klafft, ist in dem Kommentar der „Times“ eine optimistische Auffassung bezüglich der Aussichten einer weiteren Aussprache mit Frankreich zu bemerken. Die „Times“ heben hervor, in England wünsche niemand einen Bruch der Entente, sondern jedes Zeichen, das die französische Regierung geben wird, wonach sie bereit ist, ein Kompromiß zu suchen, um mit England in freundschaftlicher Weise zusammenzuarbeiten, werde von englischer Seite begrüßt.

Die belgische Antwort.

Paris, 22. Aug. Nach einer Havasmeldung aus Brüssel teilt „Etoile Belge“ mit, daß die belgische Antwort Poincarés morgen abend überreicht werden wird. Am Donnerstag werde die Übergabe in London erfolgen. Die Antwort werde sich mit der belgischen Priorität beschäftigen und daran erinnern, was Belgien bisher an Reparationen erhalten hat.

Amtliche Devisenkurse.

mittags 1 Uhr	22. 8. 23 Mark (Geld)	21. 8. 23. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	2094750	2500000
1 belgischer Frank	239400	275000
1 norwegische Krone	867825	1025000
1 dänische Krone	967525	1150000
1 schwedische Krone	1411462	1650000
1 italienischer Lire	229425	270000
1 Pfund Sterling	24159500	28500000
1 Dollar	**5286750**	**6250000**
1 französischer Frank	301245	345000
1 Schweizer Frank	957600	1150000
1 tschechische Krone	155610	185000

Die Notverordnung.

Berlin, 22. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Heute morgen finden die Besprechungen mit Vertretern der Wirtschaft beim Reichskanzler über die Schaffung des Devisenfonds statt. Anschließen werden sich Besprechungen mit den Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, des Gewerbes und der Banken. Ferner sind Beratungen mit dem vereinigten Reichsratsausschuß im Gange. Wann der Hauptausschuß des Reichstages zusammentritt, steht noch nicht fest. Ursprünglich war er für Donnerstag geplant, doch ist dieser Termin schwankend geworden. Jedenfalls wird der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit selbst das Wort ergreifen, um die programmatischen Maßnahmen der Regierung bekannt zu geben und zu erörtern. Es ist gleichfalls noch nicht bestimmt, ob die Besprechungen mit den Parteiführern schon heute stattfinden.

*

Berlin, 22. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Wie wir von zuständiger Seite erfahren, nehmen die Zeichnungen auf die Goldanleihe einen durchaus befriedigenden Verlauf. Gerade in den letzten Tagen haben zahlreiche Zeichnungen stattgefunden. Heute mittag fand im Reichsfinanzministerium eine Beratung mit den Vertretern der Banken über die Goldanleihe statt.

Vom Devisenmarkt.

Berlin, 22. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Im Gegensatz zu gestern herrschte heute am Devisenmarkt bemerkenswerte Ruhe; das Geschäft bewegte sich während des Vormittags in sehr ruhigen Bahnen. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, die in den letzten Tagen stets des Vormittags einen sehr großen Umfang aufwies, war sehr gering. Die starke Zurückhaltung dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß man sich noch darüber im Unklaren ist, welch Inhaltes die angekündigte Notverordnung der Reichsregierung sein wird. Man rechnet auch mit einer neuen Intervention am Devisenmarkt. Unter diesen Umständen kam einiges Material aus den Kreisen des Publikums heraus. Englische Pfunde, die mit etwa 26 bis 27 Millionen eingesetzt, gaben bis auf 24½ Mill. nach. Dementsprechend stellte sich der Dollar auf 5,4 bis 6,1 Mill.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230822-11/fragment/page=0001

Besetzungschronik.

Paris, 22. Aug. (WTB.) Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, sind dort gestern 35 Milliarden fortgenommen worden. Eine weitere Summe von 45 Milliarden wurde in Zengerberg, nahe bei Bochum, fortgenommen.

Paris, 22. Aug. (WTB.) Nach einer Meldung aus Düsseldorf hat die Besetzungsbehörde gestern den Redakteur der kommunistischen „Freiheit" Rudert verhaftet, weil er am 1. Mai eine heftige Rede gegen die französischen Truppen gehalten haben soll. Rudert hatte sich aus nichtbesetzte Gebiet gerettet, war aber in den letzten Tagen zurückgekehrt.

Dortmund, 22. Aug. (WTB.) Bei der Lohnzahlung für die im Abwehrstreik stehende Belegschaft der von den Franzosen besetzten Schachtanlagen kam es vor der Zeche Dorstfeld bei Oespel zu erregten Zwischenfällen. Die Franzosen nahmen 600 Millionen Mark fort. Drei Beamte und fünf Arbeiter wurden verhaftet. Später wurden sie auf Vorstellungen des Betriebsrates wieder freigelassen.

*

Laut „B. Z." sind die Zechen Gustav Zollverein, Köln-Neuessen, Ernestine und Graf Beust stillgelegt worden. Da die Belegschaften in der passiven Resistenz verharren, mußte eine Reihe von Zechenverwaltungen die Betriebe schließen.

Laut „B. Z." wurden auf der staatlichen Zeche Hibernia die Bergleute ausgesperrt. Es handelt sich um etwa 15 000 Arbeiter. Das gleiche Schicksal traf die Arbeiter der Zeche Konsolidation, rund 10 000 Arbeiter.

Lebe wohl, du deutscher Wald . . .

Berlin, 21. Aug. (Priv.-Telegr.) Die zuständigen Stellen lenken jetzt das Augenmerk der Öffentlichkeit auf das Treiben der Franzosen und Belgier in den Waldungen des besetzten Gebietes. Die Franzosen haben die Forsten ähnlich wie die Eisenbahn in eigene Regie übernommen. Da die deutschen Forstbeamten es ablehnten, in den Dienst der Franzosen zu treten, so haben die Befehlshaber der Einbruchsmächte zunächst einmal sämtliche deutschen Oberförster und einen großen Teil der Förster ausgewiesen. Nachdem darauf die Holzdiebstähle in erschreckender Weise überhand genommen hatten, schickten die Franzosen und Belgier Forstbeamte aus ihrem eigenen Land ins besetzte Gebiet. Das Holzfällen besorgen Soldaten, und zwar in völlig unsachgemäßer und geradezu vernünftender Weise. Es finden sich aber bis jetzt nur sehr wenige deutsche Holzhändler, die dieses gestohlene Holz kaufen wollten. Die Franzosen sahen sich darauf gezwungen, Holzhändler aus Frankreich kommen zu lassen, an die das geschlagene Holz zu Schleuderpreisen abgegeben wurde. Da nun aber deutsche Holzarbeiter und Fuhrleute sich nicht zum Abtransport des Holzes hergeben, so lagert das Holz heute noch in den Forsten. Ebenso gewissenlos wie mit dem Holz springen die Franzosen mit dem Wild um. Ohne Rücksicht auf Schonzeit und Trächtigkeit wird das Wild abgeschossen und auf diese Weise unabsehbarer Schaden an der Jagd angerichtet.

Von hinten erschossen.

Am 26. Mai wurde, wie seinerzeit aus Essen gemeldet wurde, der Bergmann Friedrich Czychowski in Kray gegen 11 Uhr abends von einem französischen Soldaten erschossen. Die nunmehr abgeschlossenen Zeugenvernehmungen ergeben, daß die Tat ohne jeden Anlaß in einer unerhört niederträchtigen Form geschehen ist. Czychowski befand sich auf dem Nachhauseweg und wurde an dem Bahnübergang bei der Zeche Bonifatius von dem französischen Posten angerufen, der die Vorzeigung des Passes verlangte. Czychowski übergab dem französischen Soldaten den Paß, den dieser zurückgab, wobei er Czychowski aufforderte, auf den Gleisen zu dem Zechengebäude zu gehen. Ihm folgte der französische Soldat. Kurz darauf fiel ein Schuß, dem ein zweiter folgte. Nach dem Ergebnis der Ermittelungen steht fest, daß der Posten den Czychowski von hinten erschossen hat. Die Leichenöffnung hat ergeben, daß der Tod des Czychowski infolge innerer Verblutung durch Herzschuß eingetreten ist und daß die Einschußstelle sich auf dem Rücken des Getöteten befand.

Am 17. August abends wurde, wie man aus Recklinghausen meldet, der Tischler Gustav Werne unter der Eisenbahnbrücke Friedrichstraße von einem französischen Posten erschossen, weil er angeblich auf den Anruf „Halt" nicht stehen geblieben war.

Französische Irrsinnsurteile.

Der Vorstand der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik in Ludwigshafen hatte sich in Übereinstimmung mit den von der Reichsregierung erteilten Vorschriften geweigert, die Franzosen beim Abtransport des im Opponer Werk lagernden Stickstoffsyntheses abzutreten. Aus diesem Anlaß ist gegen sämtliche Mitglieder des Vorstandes ein kriegsgerichtliches Verfahren eröffnet worden. Das Kriegsgericht in Landau hat jetzt folgende geradezu irrsinnigen Verurteilungen ausgesprochen:

Direktor Dr. Karl Julius zu 10 Jahren Gefängnis,
Direktor Dr. v. Knieriem zu 10 Jahren Gefängnis.
Professor Dr. C. Bosch zu 8 Jahren Gefängnis.
Justizrat Dr. Michel zu 8 Jahren Gefängnis,
Direktor Ludwig Schuon zu 8 Jahren Gefängnis,
Direktor Dr. Julius Bueb zu 8 Jahren Gefängnis,
Direktor Hermann Schmitz zu 8 Jahren Gefängnis,
Professor Dr. Warmbold zu 8 Jahren Gefängnis.

Sämtliche Angeklagte wurden außerdem zu einer Geldstrafe von je 150 000 000 M verurteilt.

Es ist immer nützlich und gegenüber den Verunglimpfungen des kämpfenden Deutschlands lehrreich, auf die Gepflogenheiten hinzuweisen, die man deutscherseits während seines Daseinskampfes ohnegleichen gegenüber französischen Patrioten anwandte. Wird da zu Sedan in einer Scheune ein größeres Stofflager entdeckt, das man den Zugriffen der Deutschen zu entziehen suchte. Trotz der Notlage, in der sich das belagerte Deutschland damals befand und die drakonische Maßnahme in ganz anderem Umfange rechtfertigte als die Gegenwart nach der Unterzeichnung des Friedens von Versailles, werden feinerlei Strafen verhängt, noch ein Kriegsgericht einberufen, wie sehr auch der falsche Buchstabe von Verordnungen auf seiten der Deutschen stand.

Außenpolitische Übersicht.

Eine wirklich „abgeklärte" Auffassung der Reparationsfrage.

Paris, 22. Aug. (WTB.) Nach einer Meldung des New York Herald aus Washington empfing Präsident Coolidge gestern eine Abordnung der Handelskammer der Vereinigten Staaten unter Führung von Barnes. Der Vorsitzende der internationalen Handelskammer William H. Booth von der Garanty Trust Co. führte vor den Präsidenten aus, er glaube, daß die Reparationsfrage geregelt werde, sobald die Hauptbeteiligten einsähen, daß das Problem eine auf wirtschaftlicher Grundlage gelöst werden könne. Der gegenwärtige Konflikt werde nach seiner Meinung bald befriedigend gelöst werden. Amerika würde das für diese Regelung erforderliche Geld geben können, sobald angemessene Garantien vorlägen.

Die Botschafterkonferenz fordert Unterzeichnung des Memelvertrages bis 9. September.

Kowno, 21. Aug. (Priv.-Telegr.) Wie dem „Echo" aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, teilt die Botschafterkonferenz in dem Begleitschreiben zum Vertragsentwurf und Schlußprotokoll betr. die Übergabe des Memelgebietes an Litauen der litauischen Regierung mit, daß die Unterzeichnung dieses Protokolls die unerläßliche Bedingung für die Übergabe der Souveränität über das Memelgebiet an Litauen sei. Die alliierten Mächte erwarten von der litauische Regierung auf, im Laufe eines Monats vom Tage der Überreichung des Konventionsentwurfs an gerechnet (d. h. also bis zum 9. September) mitzuteilen, ob sie bereit ist, den Konventionsvertrag und das Schlußprotokoll ohne jede Abänderung und Klausel zu unterzeichnen. Zum Schluß gibt die Botschafterkonferenz der Überzeugung Ausdruck, daß die litauische Regierung die Mächte der Entente in die Notwendigkeit versetzen werde, sich an den Völkerbundsrat zu wenden, um eine Entscheidung über die im Memelgebiet geschaffene Lage herbeizuführen.

Französische Stimmen gegen die Ruhrbesetzung.

Paris, 22. Aug. Wie die Agentur Havas meldet, brachten die kommunistischen Abgeordneten des Generalrats des Departements Allier einen Antrag ein, in dem gegen die Besetzung des Ruhrgebiets protestiert wird. Der Präfekt intervenierte, worauf der Antrag mit 14 gegen 10 Stimmen von der Tagesordnung abgesetzt wurde.

Herstellung des Friedenszustandes in der Türkei.

London, 21. Aug. (Priv.-Telegr.) Nach dem von den verbündeten Behörden ausgearbeiteten Verteidigungsplan, auf den die türkische Regierung einging, werden zehn Tage nach der Ratifizierung des Friedensvertrages sämtliche beschlagnahmten Güter ihren Eigentümern zurückerstattet werden. Danach werde man sich damit befassen, dem Staate über die ihm gehörenden Grundstücke das Verfügungsrecht von neuem einzuräumen. In der dritten Woche nach Beginn der Räumung werden die türkischen Kriegsschiffe sowie das Kriegsmaterial der Türkei den ottomanischen Behörden zurückerstattet. Weiterhin werde die Überwachung der drahtlosen Funkstation Olmeiden aufhören, sobald die Räumung zu Ende geführt sei.

Die Räumung Konstantinopels.

Paris, 22. Aug. (Priv.-Telegr.) Einer Mitteilung des „Echange Telegraph" zufolge hat General Harington mit Alid Pascha ein Abkommen getroffen, wonach die türkischen Truppen erst nach dem Abzug der verbündeten Armeen in Konstantinopel einrücken werden. Die Verbündeten werden wahrscheinlich Mittwoch mit der Räumung der Stadt beginnen.

Abseits aller Nöte . . .

London, 21. Aug. (Drahtmeldung des WTB.) Wie Reuter aus Neuyork meldet, ist der in einer Rede in Bloomfontain an die Vereinigten Staaten gerichtete Appell des Generals Smuts von der amerikanischen Presse keineswegs hoffnungsvoll aufgenommen worden. „Neuyork Times" bemerken, sogar bis nach Südafrika sei die unrichtige Auffassung gedrungen, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, sich an die Seite Großbritanniens gegen Frankreich zur Erzwingung einer europäischen Regelung zu stellen. Amerika werde an einer dereinigten Einladung folgen. Jede Hoffnung, daß Amerika die Absicht habe, die Partei einer Gruppe von Nationen zu ergreifen, werde ohne weiteres fehlschlagen.

London, 21. Aug. (Drahtmeldung des WTB.) Nach einer Reuterunterhaltung aus Washington sprach der amerikanische Staatssekretär Mellon bei Präsident Coolidge vor und erörterte mit ihm die Frage der deutschen Reparationen sowie der anderen internationalen Probleme im Lichte seiner vor kurzem im Auslande gemachten Beobachtungen. Nach seiner Unterredung erklärte Mellon endgültig, daß er weiter im Amte bleiben werde.

Deutschland.

Stresemann wehrt sich.

Berlin, 22. Aug. (WTB.) Das Organ der Deutschen Volkspartei, die Nationalliberale Korrespondenz, wendet sich in einer Erwiderung gegen die Behauptung, daß die Regierung Stresemann ihre Politik auf einen französischen Kurs einstellen werde und erklärt, daß neue Kabinett werde keine französische und keine englische Politik, sondern es werde deutsche Politik machen. Über Reparationsfrage habe sie mit der Gesamtheit der Alliierten zu tun und darauf ihre Maßnahmen und ihre Entscheidungen eingestellt.

Die Bergarbeiterlöhne.

Berlin, 22. Aug. (WTB.) Nachdem die Bergarbeiterverbände den am 17. August gefällten Schiedsspruch abgelehnt haben, hat das Reichsarbeitsministerium die Tarifparteien zu neuen Verhandlungen auf den 22. August eingeladen.

Reichshilfe für die Gemeinden.

Berlin, 22. Aug. (Priv.-Telegr.) Die Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages teilt mit:

Vertreter der Kommunalverwaltungen waren Dienstag beim Reichsfinanzminister, um schleuniges Eingreifen des Reiches zu verlangen und um die Kommunen zahlungsfähig zu erhalten. Vor allem die erhöhten Beiordungen und die Kohlenpreiserhöhungen stellen Anforderungen an die Zahlungskraft der Gemeinden, die ohne Reichshilfe nicht zu erfüllen sind. Denn daß die Ausgabe von Notgeld durch die Gemeinden nur vorübergehend als Hilfsmittel möglich ist, ist auch die Überzeugung der kommunalen Organisationen selbst. Die Kommunalvertreter verlangten unter diesen Umständen, daß das Reich mit einer großen Kreditaktion eintrete, um die Wirtschaft der Gemeinden zu erhalten.

Reichsfinanzminister Hilferding erkannte die Notlage der Städte an und sagte zu, mit Reichsmitteln zu helfen. Die Hilfsaktion soll auf dem Wege über die Länder mit größter Beschleunigung durchgeführt werden, so daß die Gemeinden noch im Laufe der Woche in den Besitz der nötigen Mittel kommen.

Die Einführung einer Drohnensteuer.

empfiehlt der demokratische Reichstagsabgeordnete Minister a. D. Dietrich, nachdem er darauf aufmerksam gemacht hat, daß es eine Menge sog. Geschäftsleute gibt, die durch die jüngst vom Reichstag beschlossenen Steuern nicht getroffen sind. Zu den leeren Geschäftsleuten, so schreibt Abg. Dietrich, gehört die große Masse derjenigen, die heute unnötigerweise „handeln", auf dem Lande herumfahren, die Lebensmittel aufkaufen und durch drei, vier Hände in Städte verkaufen, in Berlin in den Cafés herumsitzen, mit alten Kleidern und Pelzen, mit Juwelen und Altmaren, mit Dollars und französischen Franken, mit Grundstücken und mit ausrangierten Schiffen, mit Verschleppung von Vermögensgrundstücken ins Ausland, mit nicht versteuerten Zigaretten, mit Automobilen und Perserteppichen und tausend anderen Dingen, die man nicht kennt, handeln. Wieviel Leute, die eine gute Wohnung haben, einen reichlichen Haushalt führen, deren Sprache wir nicht verstehen, die dafür aber unsere geschäftlichen Gewohnheiten torrumpieren. Solche Leute sollten, sofern sie nicht ordnungsmäßig ein Gewerbe betreiben und zur Steuer veranlagt sind, mit einer festen Goldmarktabgabe belastet werden. Eine derartige Steuer müsse durchführbar sein. Schon deshalb, weil jeder, der der Stimmung im Volk kennt und hört, weiß, daß hier der Keim maßloster Wut und berechtigten Zornes der notleidenden Volksschichten liegt.

Die Lüge als kommunistisches Kampfmittel.

In einem von der „Roten Fahne" veröffentlichten Aufsatz der Inprekorr, des Presseforrespondenten der bolschewistischen Internationale, heißt es wörtlich: „Wir Kommunisten lügen nicht. Wir lügen nie. Denn die Lüge als bewußtes Kampfmittel benutzen, wie es die Kommunisten in den Tageszeitungen tun, ist keine Lüge, sondern eine verkluckt (wirklich „verkluckt") reale Notwendigkeit. Die Lüge beginnt erst beim Selbstbetrug." Nach diesem offenen Bekenntnis ist es allerdings erklärlich, daß die „Rote Fahne" und andere kommunistische Tageszeitungen ohne die geringsten Bedenken lügen, daß sich die Balken biegen. Die Öffentlichkeit aber weiß nun, was hat von kommunistischen Behauptungen oder Ableugnungen zu halten hat.

Das deutsche Ansehen im Auslande

durch Erniedrigung des deutschen Wesens zu schädigen, hat sich neuerdings auch Hitler erfolgreich bemüht. Vermutlich hat ihn das Beispiel eines berühmten Generals nicht ruhen lassen, der durch einseitige Schilderung innerdeutscher Verhältnisse amerikanischen Zeitungen dazu beitrug, das Urteil des Auslandes über uns zu trüben. Deutsche Zeitungen lassen sich nun vollends zurückfahren. „New York World" von Hitler sich hat einträufeln lassen.

Sonderbar, daß Leute, die das Wort „national" unablässig im Munde führen, so wenig Gefühl für nationale Würde haben, daß sie ihren innerpolitischen Ärger in auswärtigen Zeitungen abladen. Aber diese sogenannten „Führer" sind eben keine. Sie sind politische Kinder. Dabei hat man leider nicht nur vergessen, daß ungezogene Kinder schon manches Haus angezündet haben.

*

Die Lage im Zeitungsgewerbe.

Breslau, 22. Aug. Die Oberschlesischen Buchdruckereibesitzer nahmen gestern zu der wachsenden Notlage und zu der infolge der neuen Lohnsteigerungen drohenden Katastrophe im Buchdruckgewerbe Stellung. Sie fanden an das Reichsarbeitsministerium und die Spitzenorganisationen in Leipzig eine einstimmig angenommene Entschließung, in der sie gegen die neuen Tarifsätze, die zur Schließung aller Betriebe führen müßten, Protest einlegen, die Zahlung der Tarifsätze ablehnen und eine Lohnregelung fordern, die das Buchdruckgewerbe vor dem völligen Ruin schützt und der Gehilfenschaft ein ausreichendes Einkommen sichert. In einer weiteren Entschließung an das Finanzministerium und an die Spitzenorganisationen erklären sich die oberschlesischen Buchdruckereibesitzer außerstande, die mit dem 25. August in Kraft tretenden Steuersätzen zu tragen, und ersuchen zum umgehende Anweisung an die Reichsämter, daß von der Erhebung der Steuer beim Buchdruckereigewerbe abgesehen wird.

*

In Berlin haben sich die Buchdruckereibesitzer dazu entschlossen, soweit nicht bereits Stillegungen erfolgt sind, Kurzarbeit einzuführen. In einer Reihe von Buchdruckereien wird gegenwärtig nur noch 4 Stunden täglich gearbeitet. Im Gegensatz zum Reich ist die Zahl der Berliner Buchdruckereien, die ihr Personal entlassen haben, verhältnismäßig noch gering, doch wird in sehr vielen Betrieben ebenfalls verkürzt gearbeitet. Die Buchdruckerorganisationen haben gegen die Maßnahmen der Arbeitgeberverbände bereits protestiert und jetzt das Reichsarbeitsministerium angerufen, damit es durch Vermittlungsverhandlungen eine weitere Arbeitseinschränkung verhindert.

Aus Friedrichshafen wird gemeldet: Der Verband oberschwäbischer Zeitungsverleger schreibt: die vom Verband oberschwäbischer Zeitungsverleger herausgegebenen Zeitungen sind heute nicht erschienen, da die Gehilfen das Angebot unterfertigter Bezahlung abgelehnt haben.

In München haben etwa 16 Zeitschriften ihr Erscheinen eingestellt.

Kraftfahrzeugsteuer.

Vom Finanzamt wird uns geschrieben:

Bei dieser Abgabe handelt es sich nicht um eine neue Kraftfahrzeugsteuer, sondern um eine einmalige außerordentliche Abgabe, für die die Kraftfahrzeugsteuer nur Bemessungsgrundlage ist. Alle Personen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Kraftfahrzeug im Eigenbesitze haben, das am 1. August 1923 der Kraftfahrzeugsteuer nach § 4 des Gesetzes vom 8. April 1922 (Reichsgesetzblatt I S. 336) unterlag, haben bis zum 5. September 1923 eine außerordentliche Abgabe zu entrichten. Die Abgabe beträgt für jedes Kraftfahrzeug das Fünffache der um den Zuschlag erhöhten Kraftfahrzeugsteuer, die von dem Kraftfahrzeuge für die Dauer eines Jahres nach den am 1. September 1923 maßgebenden Vorschriften zu erheben wäre. Die Entrichtung hat bei der für die Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer zuständigen Stelle zu erfolgen. Bei der Entrichtung der Abgabe ist die Kraftfahrzeugsteuerkarte mit vorzulegen, damit ein entsprechender Vermerk auf derselben gemacht werden kann. Kraftfahrzeugsteuerkarten, auf denen der Vermerk über die Entrichtung der Abgabe fehlt, verlieren mit dem Beginne des Tages, der auf die Fälligkeit der Abgabe folgt, ihre Wirksamkeit. Die Steuer gilt als nicht gezahlt. Sie ist nochmals zu entrichten; für ihre Höhe gelten die zurzeit der neuen Zahlung maßgebenden Vorschriften.

Der Abgabe unterliegen nicht:

1. im Besitze des Reichs, der Länder oder der Gemeinden (Gemeindeverbände) befindliche Kraftfahrzeuge,
2. Kraftfahrzeuge im Besitze von Personen, die im Inland weder Wohnsitz, noch dauernden Aufenthalt, noch Grundbesitz oder Gewerbebetrieb haben, sofern sie eine Steuerkarte für die Dauer von nicht mehr als sechs Monaten gelöst haben,
3. Personenkraftwagen einschließlich der Kraftomnibusse, sofern sie ausschließlich der Ausübung des öffentlichen Fuhrhaltergewerbes dienen,
4. Lastkraftröder, Lastkraftwagen und Zugmaschinen,
5. Feuerwehr- und Krankenfahrzeuge.

Provinz und Nachbarländer.

Generaldirektor Traus Ehrendoktor.

† **Halle.** Generaldirektor Traus der Gottfried Lindner A.-G., die bekanntlich am 23. d. M. ihr 100jähriges Bestehen feiert, ist von der Technischen Hochschule Karlsruhe zum Dr.-Ing. hon. c. ernannt worden. Es ist dies unseres Wissens die erste Verleihung der Doktorwürde an einen Metallindustriellen des halleschen Bezirks.

Der arme Amtsschimmel.

† **Dessau.** **Bemerkenswert für den gesunkenen Geldwert der Mark** ist eine Bekanntmachung des hiesigen Magistrats. Der er auffordert, von der Einzahlung von Schuldbeträgen unter 3000 Mark an für überhaupt Abstand zu nehmen. Das lohnt eben die dafür aufzuwendende Zeit und Mühe nicht mehr. — Wenn doch alle Behörden so einsichtig wären!

Braunkohlenfunde.

† **Neuhaldensleben.** In Esbeck in der Altmark wurden durch Tiefbohrungen zwei Braunkohlenlager von 12 und 14 Meter Mächtigkeit erbohrt. Die Untersuchung der Kohlen ergab vollwertige Beschaffenheit.

Absage von Kongressen.

† **Erfurt.** Der Vorstand des Provinzial-Städtetages hat, wie wir bereits mitteilten, mit Rücksicht auf die schwierige Wirtschaftslage beschlossen, den für Erfurt vorgesehenen Provinzial-Städtetag auf eine spätere Zeit zu verlegen. Auch der Reichsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der gleichfalls am 30. August bis 1. September in Erfurt tagen wollte, sieht von der Abhaltung seiner Tagung ab. Desgleichen ist die Herbsttagung des Deutschen Ostbundes, die Ende September vorgesehen war, verschoben worden. Es bleiben demnach für Erfurt nur noch übrig die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft vom 17. bis 22. September für die noch keine Absage vorliegt, und der Provinzialverein für Kirchenmusik vom 1. bis 3. Oktober.

Erwischter Kirchendieb.

† **Schönburg.** In der Nacht zum Sonnabend bemerkten 1/11 Uhr Einwohner von Schönburg Licht in der Kirche. Andern Tages stellte sich heraus, daß ein Dieb die Kirche betreten und daraus zwei schwere Messingleuchter aus dem Jahre 1614, ferner eine alte Bibel aus dem Jahre 1701 gestohlen hatte und diese Gegenstände eingerollt in den herabhängenden Altarteppich, somit diesem hatte mitgehen heißen. Der so gründerte Altar sah trostlos leer aus. Ein Kirchenbarmeriemachtmeister meldete dem Pastor, daß die Beute von dem Diebe wieder abgenommen worden ist und der Kirche zurückerstattet wird. Sie ist in Leipzig-Schöcker dem Kirchenräuber, dem Gärtner Kurt Mäusezahl, einem etwa 20jährigen Burschen, aus Engelsburg bei Sangerhausen gebürtig, wieder abgenommen worden. Vor zwei Jahren war Schöcker der Posten bei einer Kirche bestohlen worden, und es ist die Vermutung laut geworden, daß dieser Bursche auch damals die Tat verübt haben könne. Der damalige Dieb konnte nicht gefaßt werden, seine Beute jedoch, die allerdings zerschlagene neusilberne Taufkanne, wurde in Berlin in einem Hausflur gefunden.

Zwei Opfer der Felddiebe.

† **Frankenberg.** Ein Kampf mit Felddieben, bei dem nur die letzteren bewaffnet waren, spielte sich früh in der vierten Morgenstunde hier ab. Zum Zwecke der Beaufsichtigung eines Kartoffelpachtfeldes, auf dem in der letzten Zeit viel gestohlen wurde, begaben sich Fleischermeister Richter und Sohn nach diesem Felde. Dabei begegneten dem Sohn zwei fremde Männer mit Hafergarben und einem gefüllten Sacke. Während Richter jun. den einen der Männer zur Rede stellte, schoß ihn der andere von hinten mit einem größeren Armeerevolver nieder. Blutüberströmt stürzte Richter zu Boden. Auf den herbeieilenden Vater gab der zweite der fremden Männer drei Schüsse ab, durch die der Vater am Kopfe erheblich verletzt wurde. Die Verletzungen des jungen Richter sind lebensgefährlich. Die beiden Revolverhelden ergriffen die Flucht und ließen die gestohlenen Garben und einen Sack Weizen liegen.

Protest gegen die Wiesteuer.

† **Koburg.** Der Proteststreik der Gastwirtschaften und Hotels hat sich insofern verschärft, als größtenteils auch die Küchen geschlossen worden und selbst Kaffeehäuser sind geschlossen, so daß die vorgesehenen Konzertsitzungen Veranstaltungen unterbleiben mußten. Der Stadtrat hat nicht die Absicht, eine Abänderung der Getränkesteuer eintreten zu lassen.

Kleine Rundschau.

In Groß-Wanzer bei Osterburg überfielen Einbrecher die 76jährige Witwe Hamelow in ihrem Hause, stießen ihr einen Knebel in den Mund und stahlen alles Wertvolle, insbesondere auch alle Silbersachen. — In Zerbst wurde bei einer Explosion am Schweißapparat der 17jährige Otto Schinke getötet, ein zweiter Lehrling verletzt. — Beim Nachgießen auf den brennenden Kocher explodierte der 19jährigen Therese Thiele aus Gehofen die Spirituskanne. Der Inhalt übergoß die Unglückliche und im Nu fand diese in Flammen. Sie ist den schweren Brandwunden erlegen. — In Seesehna wurde der Bahnhof beschlagnahmt, darunter bei einem Landwirt Brotgetreide aus früheren Jahren, das bei Verschimmeln nahe war. — In Schlitz kam die 13jährige Kreuzer mit dem Kopf in das Dreschmaschinengetriebe. Dem Mädchen wurde die Kopfhaut abgerissen. — Im Streit erschoß der Dörfler Hermann Jäger in Vogelbeck seine Frau, verletzte seinen Stiefsohn lebensgefährlich und erschoß sich dann. — In Gistten nahm sich eine Bedienstete wegen Krankheit das Leben. — Der Klein- und Altrentner August Böttcher in Alsleben sicherte einem Ehepaar als Erbschaft drei Morgen Land zu, falls es ihn bis zu seinem Tode beherberge und beköstige. Bald darauf starb der Mann. Jetzt hat man die Leiche ausgegraben und größere Mengen Phosphor in den Leichenteilen festgestellt. — Auf dem Wasserschacht bei Hettstedt erlitten drei Streckenschießer schwere Schußverletzungen. Zwei von ihnen sind gestorben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230822-11/fragment/page=0002

Merseburg und Umgegend.

22. August.

Die Schein-Zeit.

Den Fünfmillionenschein benutzen wir nun glücklich als tägliches Kleingeld; der Fünfzig-Millionen-Schein ist der Schlager von morgen. 46 Billionen sind das Ergebnis unserer täglichen Notenproduktion. Wer kann sich unter dieser Riesensumme etwas vorstellen? Der Wäscheleib ist als Beförderungsmittel für Noten bei der Berliner Reichsbank längst unmodern geworden. Große Fuhrwerke dienen zu ihrem Abtransport und Lastautomobile warten tagtäglich auf ihre Füllung mit papiernem Geldinhalt. Filmoperateure sind eifrig an der Arbeit, die Vorgänge für alle Zeiten im Bilde festzuhalten. So schreibt man aus Berlin.

Wir sind mit unserer Geldwirtschaft jetzt glücklich bei Verhältnissen angelangt, deren Schilderung aus Rußland und vor wenigen Jahren ein verständnisloses, mitleidiges Lächeln abnötigte. Wir leben im Zahlenrausch, betören uns selbst mit unseren Geldscheinen, die nichts sind als Schein-Geld. Die Summen wachsen ins Ungeheure, so daß die Forderung nach hohen Geldscheinen „zeitgemäß" war. Portemonnaie und Brieftasche haben schon längst ihren Zweck eingebüßt. Zumeist empfängt man sein Gehalt in Paketen. In Brieftaschen bringt man es nicht mehr unter. Wie lange wird es dauern, und man wird mit Handtasche oder Aktenmappe antreten müssen, um all die Bündel beim Gehaltsempfang richtig verstauen zu können. In Rußland, so hieß es seinerzeit, erhielt man den Lohn nur noch nach Gewicht ausgezahlt. Man darf gespannt sein auf den Zeitpunkt, wenn es auch bei uns so weit ist. Geht die Entwicklung so weiter, währts nicht mehr lange.

*

** Rentner Franz Rügow, ein alter, auch in weiteren Kreisen bekannter und geschätzter Merseburger, hat am Mittwoch wegen Wohnungsmangels seiner Vaterstadt den Rücken kehren müssen und ist zu Verwandten nach Blankenburg a. H. übergesiedelt. Mit schwerem Herzen ist er von hier geschieden, wo er als Stadtverordneter, langjähriges Mitglied des Bürger-Gesangvereins und zuletzt als Mitglied des Kirchenrats der St. Maximigemeinde lange Jahre gewirkt und viel Zeit und Kraft geopfert hat. Seine Verdienste als Kirchenältester St. Maximi wurden in einer Abschiedsfeier des Kirchenrats am Dienstag nachmittag von Herrn Pastor Angermann in trefflichen Worten hervorgehoben und gewürdigt und der Bürger-Gesangverein brachte seinem allverehrten Mitgliede am Mittwoch früh ein Abschiedsständchen. Möge unser alter beliebter Mitbürger in seinem neuen Wohnorte Ruhe und Befriedigung finden.

** Die fälligen Steuern, über die wir bereits gestern ausführlich berichteten, werden durch das Finanzamt in unserer heutigen Ausgabe bekanntgegeben. Wir machen die Steuerpflichtigen besonders darauf aufmerksam, daß verspätete Zahlung erhebliche Zuschläge nach sich zieht.

** Der Pfarrertag des Südostsprengels wird, wie Generalsuperintendent D. Schöttler uns mitteilen läßt, trotz der erschwerten Verhältnisse dank opferwilliger Hilfe vom 28. bis 31. August in Halle abgehalten werden. Reisebeihilfen werden gewährt. Eine Anzahl freier und verbilligter Quartiere (Bettwäsche mitbringen) stehen zur Verfügung. Für gemeinsames Mittagessen gegen geringe Vergütung ist gesorgt.

** 770 Milliarden zu gewinnen! Wegen der anbauernden Geldentwertung ist der Lospreis für die 3. und 4. Klasse für Süddeutsch-Klassenlotterie gleichmäßig auf 800 000 M. das ganze Los erhöht worden. Bei Erneuerung der Lose zur 3. Klasse müssen die Spieler diese neuen Sätze einzahlen, damit ihnen nicht durch nachträgliche Einzahlung hohe Portokosten entstehen und gegebenenfalls ihr Anspruch auf die von ihnen gespielten Lose erlischt. Entsprechend der Lospreiserhöhung sind die Gewinne der 3. und 4. Klasse gänzlich umgestaltet worden. Statt bisher 19 Milliarden Mark kommen fast 770 Milliarden Mark zur Auspielung. Nach dem Plan der Schlußliste kann im günstigsten Falle ein Höchstgewinn von 20 Milliarden auf ein ganzes Doppellos, ein Höchstgewinn von 10 Milliarden Mark auf ein ganzes Los erzielt werden.

** Erhöhte Flugzuschläge für Luftpostsendungen. Vom 22. August an erhöhen sich die Flugzuschläge für Luftpostsendungen nach Rußland, Sibirien und China für Postkarten auf 140 000 M., für Briefe für je 20 Gramm auf 200 000 M. und nach England und überseeischen Ländern über England für Postkarten auf 50 000 M., für andere Briefsendungen auf 80 000 M. für je 20 Gramm. Ferner verkehrt vom 22. August an die Luftpost Berlin-London ab Berlin (Flugplatz Staaken) bereits 8 Uhr, ab Hamburg 10,20 Uhr, ab Bremen 11,50 Uhr. Ankunft in Amsterdam und London wie bisher 2,40 Uhr (holländische Sommerzeit) und 5,55 Uhr (englische Sommerzeit).

** Freund Dachs. Um die Zeit der Kartoffelernte steht unser Dachs bei den Landleuten nicht in gutem Rufe. Sein Tisch ist um diese Jahreszeit reichlich gedeckt, und er lebt in großer Schwelgerei. Abgefallenes Obst, Insektenlarven und Mäuse sind in Hülle und Fülle vorhanden. Besonders liebt er die fetten Engerlinge, die er an den Kartoffeln massenhaft findet. Da das Graben auf den Feldern eine leichte Arbeit ist, sieht so ein Stück Land, an dem die Dachse sich nächtlich betätigt haben, am nächsten Morgen nicht gerade schön aus. Der Landmann äußert sich dann sehr unfreundlich über den Schädling und Bösewicht. Aber mit Unrecht, denn er frißt keine Knollen, er liest nur die Engerlinge ab, die sich an den Knollen gütlich tun wollen. So seit der Dachs das Schicksal anderer nützlicher Tiere, die verkannt werden, der Eulen und der Maulwürfe, denen man jetzt um des Mode gewordenen Felles willen nachstellt, sowie auch der Kröten, die man beschuldigt, Erdbeeren zu naschen, während sie an den Pflanzen nur die schädlichen Nacktschnecken absammeln. Auch der Dachs ist besser als sein Ruf.

** Gegen die Versammlungsdörfer. Es liegt Veranlassung vor, auf die genaue Beachtung des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches vom 23. Mai 1. J. (R.G.Bl. I S. 296) hinzuweisen. Danach wird mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, bestraft, wer nichtverbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder sprengt, sowie wer bei diesen Anlässen Gewalttätigkeiten in der Absicht begeht, die Versamlung, den Aufzug oder die Kundgebung zu sprengen.

** Deutsche Volkspartei. Landtagsabgeordneter Heidenreich-Halle sprach am Montag abend vor den Mitgliedern der DVP. über die Vorgänge beim Wechsel der Reichsregierung. Mit eindringlichen Worten zeichnete er den Ernst der politischen Lage, der durch den Rücktritt Cunos gegeben war und die Schwierigkeiten der Neubildung des Kabinetts. Die wirtschaftliche Notlage und die Kriesenstimmung im Innern erforderten schnelles Handeln. Der Tatkraft Stresemanns verdanken wir es, daß ein Bürgerkrieg, von einer Seite erforbert, von anderer wohl gewünscht, verhütet wurde. Rückschauend gab der Vortragende ein Bild der Bestrebungen des Parteiführers Stresemann zur Herbeiführung der großen Koalition, einer Regierung auf breitester Grundlage. In schwerster Stunde übertrug eine große Mehrheit der Parteien den Posten des Reichskanzlers an Dr. Stresemann. Pflicht aller Deutschen, denen das Schicksal des Vaterlandes höher steht als die Interessen ihrer Partei, ist es, das Kabinett Stresemann zu stützen mit allen Kräften. Zeichnete er die wirtschaftliche Reichskanzlei. Anhaltender Beifall dankte dem Redner. — Einmütig erfolgte die Entschließung: Die Mitglieder der DVP. wissen das Opfer, das ihr Führer Doktor Stresemann dem deutschen Volke in einer Zeit der schwierigsten innen- und außenpolitischen Verwicklungen durch die Übernahme des Reichskanzleramtes bringt, in vollem Maße zu würdigen. Sie sind davon überzeugt, daß allein seine von jeder angestrebte Politik der Zusammenfassung aller staatserhaltenden Schichten und Kräfte dem Reich und dem Volke zum Segen gereichen kann.

** Mit ihrem Raub nicht weit gekommen ist dieser Tage eine Diebin, die in einem unbewachten Augenblick in die Ladenstube einer hiesigen Fleischerei eindrang und sich ein wertvolles Stück Speck angeeignet hatte. Der Verlust wurde bemerkt und der Frau das gestohlene Gut auf der Straße wieder abgenommen.

** Die Notlage des Einzelhandels bildet das Thema zu einem Vortrag, den Rechtsanwalt Dr. Hannß am Donnerstag abend im Wirtschaftsverband für Handel und Industrie halten wird. (S. Anz.) ** Auf dem Wochenmarkte ließ das Angebot heute wieder viel zu wünschen übrig. Viele Waren fehlten vollständig oder waren nur spärlich angeboten. Selbst das Gemüse, das in den letzten Tagen immer noch reichlich zu haben war, war heute sehr knapp. Kartoffeln waren in der Frühe in geringen Mengen zu haben, allerdings zu reichlich hohen Preisen, so daß man bei den hiesigen Kartoffelhändlern meist billiger einkaufen konnte. Immer noch am besten war das Angebot von Obst; die Preise hierfür waren aber dermaßen in die Höhe gegangen, daß sich des laufenden Publikums starke Erregung bemächtigte, so daß die Polizei eingreifen mußte, der es naturgemäß sehr schwer gemacht wurde, beiden Teilen gerecht zu werden.

** Die Kammerlichtspiele brachten gestern abend die Erstaufführung des 1. Teils des großen Filmwerkes „Die Abenteurerin von Monte Carlo" und erzielten damit großen Anfang. Der Film, der äußerst geschickt aufgebaut ist und eine lebendige Handlung darstellt, führt in das Milieu der internationalen Gesellschaft, wie sie sich in dem großen Weltbad Monte Carlo zeigt. Es handelt sich um keinen der in ihrer Art sehr bekannten amerikanischen Sensationswerke. Hier ist ein anderer Abenteuer-Typ geschaffen, der in seiner Eigenart den Beschauer von ersten bis zum letzten Bild in Spannung hält. Die Darstellung liegt in den Händen bekannt guter Filmkünstler, die Trägerin der Hauptrolle ist Ellen Richter, aber deren meisterhaftes Spiel sich jedes Wort erübrigt. Bilder aus dem südlichen Europa, von den Mittelmeergestaden usw. lassen uns herrliche Naturschönheiten erblicken. Der Besuch ist empfehlenswert.

*

Das Amtsblatt der Stadt Merseburg enthält in der heutigen Ausgabe Bekanntmachungen über die Freibankordnung, die Krankenhausgebühren und die Schornsteinreinigung.

*

Tageskalender.

Mittwoch, 22. August.

Öffentlicher Vortrag der Vereinigung ernster Bibelforscher. — Künstler-Musik im Park-Café. — Ball in der Funkenburg. — DGB. Monatsversammlung.

Donnerstag, 23. August.

Versammlung der Schneider-Innung. — Übung der 2. Pionier-Kompagnie der Feuerwehr. — Versammlung des Wirtschaftsverbandes für Handel und Industrie. — Versammlung des SSB. 23. — Gesellschaftsabend bei Beths.

Täglich.

Konzert im Café von Beths Gesellschaftshaus.

*

Wetterwarte.

V. W. am 23. 8. (Donnerstag): Wolkig, zeitweise heiter, kühler, Regenschauer, teilweise Gewitter. — 24. 8. (Freitag): Zeitweise heiter, zunächst trocken, nachher wieder Trübung und Regen, nachts kühl, tags mäßig warm.

Hundert Jahre Lindner.

§ Ammendorf, 22. August. Hundert Jahre gleichen einem flüchtigen Strich im Laufe der Zeiten, aber einer langen, stetig aufsteigenden Linie in der Entwicklung der Völker.

Die Entwicklung, insbesondere diejenige des Werkes, zeigt die Geschichte der Gottfried Lindner Aktiengesellschaft in Ammendorf, die in diesen Tagen ihr hundertjähriges Bestehen feiert.

Am 23. August 1823 eröffnete Gottfried Lindner in Halle als Sattlermeister sein Täschnergeschäft. Unmittelbar darauf begann er mit dem Bau von Kutschen, zu dem er Handwerksmeister, wie Stellmacher und Schmiede heranzog. Das Unternehmen entwickelte sich trotz aller Schwierigkeiten doch so, daß schon der Sohn Heinrich des Gründers den handwerksmäßigen Betrieb abstreifen und einen Fabrikbetrieb schaffen konnte. Am 14. August 1865 wurde zu Halle, Steinstraße 23, eine für damalige Verhältnisse stattliche Fabrik in Betrieb genommen. Im gleichen Jahre verließ der 1000. Wagen das Werk. Aber am 27. Januar 1899 zerstörte ein Großfeuer sämtliche Fabrik- bezw. Werkgebäude. Es hieß nun wieder von vorn anfangen und aufbauen. Die Nachkommen des Heinrich Lindner führten den Betrieb in vorläufigen Unterkunftsräumen weiter und Anfang des Jahres 1900 war der Bau eines neuen Werkes auf dem Grundstück in Ammendorf vollendet. Die neue Fabrik war zugleich auf den Bau von Eisenbahnwaggons eingestellt. Die Beleschaft, welche bei der Eröffnung 80 Mann betrug, konnte bald auf 300 Mann gesteigert werden. Die ersten Auslandsaufträge konnten ausgeführt werden, darunter ein bedeutender für die Königliche Siamesische Staatsbahn. 1903 genügte die Gesellschaftsform der offenen Handelsgesellschaft nicht mehr, so daß das Unternehmen in eine G. m. b. H. umgewandelt wurde. 1905 entstand daraus die Aktiengesellschaft Gottfried Lindner. Nun ging es im Fluge vorwärts. Der Bau von Kutschen wurde nach und nach ganz eingestellt und die Fabrikation erhöht auf Straßenbahnwagen, Güter-, Gepäck- und Personenwagen abgepaßt. Im Jahre 1908 kam dazu der Bau von Automobil-Karosserien. Diese Abteilung Karosseriebau hat sich so entwickelt, daß sie heute als führend in der deutschen Karosseriefabrikation gilt. Während des Krieges wurden neben Eisenbahnwagen und Karosserien in großem Umfange Proviantwagen, Munitionswagen, Krankenwagen und Feldküchenfahrgestelle angefertigt.

Das Unternehmen beschäftigt heute 1700 Arbeiter und Angestellte. Die Grundstücksfläche umfaßt 263 000 qm. Für Wohnzwecke sind 27 Wohnhäuser mit 115 Wohnungen vorhanden. Der Betrieb arbeitet mit 4 Abteilungen a) Eisenbahnwagen, b) Straßenbahnwagen und Omnibusse, c) Lastautoaufbauten und Anhängewagen, d) Automobilkarosserien. Durch die in den letzten Jahren planmäßig vorgenommenen Neubauten und Umbauten sowie durch die zielbewußt durchgeführte neuzeitliche Organisation im Betrieb und in der Verwaltung steht das Werk heute auf einer denkbar besten Grundlage, die seiner Vergangenheit würdig ist. Nach den bereits vor längerer Zeit erfolgter Ausscheiden der früheren Leiter Generaldirektor Hch. Lindner und Direktor R. Rudolph besteht der heutige Vorstand aus Generaldirektor Dr. ing. h. c. Hermann Traus-Halle und Direktor Franz Westermann-Ammendorf. Der Aufsichtsrat wird seit einer Reihe von Jahren geleitet durch Bankier Curt Stechner-Halle, Justizrat Albert Herzfeld-Halle, Generaldirektor Hch. Lindner-Halle, Großkaufmann Gustav Kreyenburg-Halle und Fabrikbesitzer Gustav Eichhorn-Merseburg.

Zu der am Donnerstag in Halle und Ammendorf stattfindenden Jubiläumsfeier treffen sich in Ammendorf und Halle alle Größen des deutschen Waggon- und Automobilbaues. Auch der Reichsverkehrsminister und der Reichsminister des Innern haben ihr Erscheinen zugesagt.

Walter Rahm.

Lauchstädt und Schafstädt.

⊙ Lauchstädt, 22. Aug. Am Montag abend fand eine Gesamtvorstandssitzung der Vereinigung der Freunde des Goethe-Theaters statt, um über die Abrechnung der ersten Theatervorstellung geprüft wurde. Wenn auch kein Überschuß erzielt wurde, so ist doch erfreulich, daß die Unkosten gedeckt sind. Natürlich mußte hierzu der Garantiefonds angegriffen werden, da der Eintrittspreis zu niedrig gewesen ist. Voraussichtlich findet die nächste Vorstellung am 16. September statt. Es wird jedenfalls das Schauspiel von Goethe „Die natürliche Tochter" zur Aufführung gelangen. Es werden jetzt weitere Mitglieder aufgenommen. Ein Anteil beträgt jetzt 50 000 M., welcher Preis aber auch mit der Währung steigt. Die Anteilscheine, die jetzt ausgegeben werden, sind auf 50 000 M. umgeändert und zum Unterschied mit den bereits ausgegebenen mit dem Vereinsstempel versehen worden. Diese Anteilscheine sind wie bisher bei den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten zu haben.

⊙ Lauchstädt, 22. Aug. Auf einen heute abend im „Schwarzen Adler" stattfindenden Vortrag über Belehrung in Steuersachen usw. werden Interessenten hingewiesen. Redner ist ein aus dem Rheinland vertriebener Redakteur, der auch im Anschluß an den Vortrag seine Erlebnisse in dem von Marokkanern besetzten Gebiet schildern wird.

Lustige Ecke.

Im Hotel. Gast: „Der Herr am runden Tisch dort wird viel besser bedient als ich. Kann ich darüber mit dem Direktor reden?" — Kellner: „Gewiß, mein Herr! Jener Herr ist der Direktor."

Ein zarter Wink. Die englische Schriftstellerin Clynllis Austin hatte einmal einem Bewunderer ihres Talents mitgeteilt, daß ihr die besten Gedanken für ihre Geschichten und Gedichte in der Badewanne kämen. Als sie nun volle drei Monate geschwiegen und nichts veröffentlicht hatte, erhielt sie von ihm ein Briefchen, das ganz kurz fragte: Liebe Miß Austin, wäre es nicht fein, daß Sie wieder ein Bad nähmen? („Daily Chronicle," London.)

Fahre Donnerstag leer mit Lastauto von Leipzig nach Merseburg.

Fracht erwünscht.

Angebote bis Donnerstag vormittags 9 Uhr an die Exped. d. Bl. erbeten.

Ulrich von Hutten.

(Zu seinem 400. Todestage.)

Ende August oder Anfang September, genau steht der Tag nicht fest, sind es 400 Jahre her, daß Ulrich von Hutten einsam auf der schönen Insel Ufenau im Züricher See starb. Er war einer der kühnsten und kräftigsten Vorkämpfer für den neuen Geist, der den Anbruch der Neuzeit bestimmt und und für die Unabhängigkeit deutschen Landes und deutschen Volkes von jeder fremden Macht.

Geboren 1488 auf Schloß Stedelberg in Franken, tritt er schon mit 11 Jahren in das Kloster Fulda ein. Als Jüngling entflieht er der Klosterzelle und durchwandert nun als fahrender Student Deutschland von Köln bis Frankfurt a. O., von Greifswald und Rostock bis nach Wien. Von seinem erzürnten Vater verlassen, gerät er in größte Not und erwirbt sich sein Brot als gemeiner Landsknecht im Heere Maximilians in Italien. Dann kehrt er nach Deutschland zurück und hat hier Gelegenheit, sich wieder mit seinem Vater zu versöhnen. Der Herzog Ulrich von Württemberg hatte wegen Liebeshändeln Huttens Vetter, Hans von Hutten, hinterlistig ermordet. Nun richtet Ulrich seine scharfe Feder gegen den Mörder und bewirkt dadurch dessen Ächtung und Vertreibung aus seinem Herzogtum. Zum zweiten Male kommt Hutten hierauf um seine Studien zu vollenden, nach Italien. Die Reformbestrebungen der mittelalterlichen Kirche wird ihm dabei immer deutlicher bewußt. Wieder stellt er seine Feder in den Dienst des neuen Geistes. Zwischen dem Humanisten Reuchlin und Kölner Dominikanern war es wegen der Duldung und des Studiums der hebräischen Sprache zu heftigen Streitigkeiten gekommen: bereuwegen bei gelehrte Reuchlin vor ein geistliches Gericht geladen wurde. Die griechische Sprache sollte nach Meinung der Kölner die Mutter aller Irrlehre und die Erkennung der Hebräischen eine Hinneigung zum Judentum sein. Da trat Ulrich von Hutten mit Geist und Witz auf den Plan. Es erschienen die Dunkelmännerbriefe, die, in mönchischem Küchenlatein geschrieben, den Tiefsand des damaligen Mönchtums in grausamen Spotte verhöhnten. Hutten gilt als einer der Hauptverfasser dieser Spottschriften.

Wegen seiner glänzenden humanistischen Bildung berief ihn der Kardinal Albrecht, Erzbischof von Magdeburg und Mainz, an seinen Hof. Huttens Freunde rieten ihm dringend ab, diesen Schritt zu tun, weil sie fürchten, der unerschrockene Kämpfer werde im Dienste dieses hohen Kirchenfürsten seine Selbständigkeit verlieren. Trotzdem begibt sich Hutten nach Mainz, wenn auch nur auf kurze Zeit. „O Jahrhundert, o Wissenschaften! Es ist eine Lust zu leben! Die Studien regen sich und die Geister blühen auf!" So schrieb er damals kampfesfreudig an seinen Freund Willibald Pirckheimer.

Aber nicht bloß für geistige Freiheit stritt er; auch für die Freiheit Deutschlands trat er mutig ein. Als nach Maximilians Tode Karl V. zum deutschen Kaiser gewählt war, reiste Hutten nach den Niederlanden, um den jungen Kaiser zu bewegen, dem Sehnen der Zeit entgegenzukommen und, an der Spitze der deutschen Bewegung, eine deutsche Nationalkirche und einen starken Nationalstaat zu schaffen. Kaiser Karl V. fühlte nichts von dieser deutschen Sehnsucht. Er hatte versäumen müssen auf die römische Kaiserkrone, die politisch und kirchlich internationaler Art war.

Von Feinden umlauert, kehrt Hutten unverrichteter Sache aus Brüssel zurück. Weil er für Luther mit Feder und Schwert eintreten wollte, hatte er sich am Hofe des Kardinals Albrecht unmöglich gemacht und fand nun Zuflucht bei seinem Freunde Franz von Sickingen auf der Ebernburg bei Kreuznach. Nun kämpft er auch für Freiheit und Selbständigkeit im religiösen Leben und steht Luther im Kampfe gegen Rom bei. „Ich habs gewagt", ist ihm das Losungswort, das in seinen Gedichten und Schriften immer wieder erklingt. Damals erscheint sein Gesprächsbüchlein, in dem er schonungslos die Schwächen seiner Zeit geißelt. Bezeichnend für seine Gesinnung ist die Einleitung hierzu, in der es in rauhen aber ehrlichen Worten heißt:

„Von Wahrheit will ich nimmer lan.
Das soll mir bitten ab kein Mann.
Auch schafft zu stillen mich kein' Wehr,
Kein Bann und Acht, wie fast und sehr
Man mich damit zu schrecken meint;
Wiewohl mein' fromme Mutter weint,
Da ich die Sach' gefangen an:
Gott woll sie trösten! Es muß gan,
Und sollt' es brechen auch unser End.
Will's Gott, so werd es nit gewend't,
Dazu will brauchen Füß' und Händ'.
Ich habs gewagt."

In eine Fehde verwickelt, fand Sickingen seinen Tod. Seine Burgen Landstuhl und Ebernburg sanken in Trümmer. Hutten war vorher in die Schweiz geflüchtet und fand eine Zufluchtsstätte auf der Ufenau im Züricher See. Nur kurze Zeit hat er hier gelebt. Eine schreckliche Krankheit, die viele Jahre am Mark seines Lebens gezehrt hatte, trieb ihn in ein frühes Grab sinken. Als ein mutiger Kämpfer für freies Deutschtum wird er unvergessen bleiben. Der Schweizer Dichter C. F. Meyer hat ihm in seinem Buche „Huttens letzte Tage" in meisterhafter Weise ein herrliches Denkmal gesetzt. Ereignisse und Gestalten aus Huttens Zeit führt der Dichter im Gewand seiner eklen, feingeschliffenen Sprache vor. Nur zwei Zeilen daraus seien genannt, in denen das Widerspruchsvolle sowohl in Huttens Persönlichkeit als auch der damaligen Zeitverhältnisse zum Ausdruck kommt:

„Ich bin kein ausgeglichenes Buch,
Ich bin ein Mensch mit seinem Widerspruch."

Gr.

Ein Theater aus der römischen Kaiserzeit entdeckt.

Dem Professor an der Universität Rom, Alfonso Bartoli, ist es nach der „Kunstchronik" gelungen, in Ferentinum, der antiken Hauptstadt des Hernikerlandes, Reste des Theaters der römischen Kaiserzeit aufzudecken, die den bisherigen Forschern der antiken Überreste der Stadt entgangen waren. In einem Garten und den anliegenden Privathäusern in der Nähe des südlichen Tores der Stadt ließen sich Reste der mit Nischen für Statuen ausgestatteten halbkreisförmigen Umfassungsmauer des Zuschauerraums und einige durch Bogen verbundene Radialmauern, welche die Sitzstufen trugen, nachweisen. Ebenso konnten der zur Umfassungsmauer konzentrisch gelegene Gang, die Zugänge an beiden Seiten der Cavea (Zuschauerraum) und der massive Unterbau, auf dem sich das Szenengebäude erhob, festgestellt werden. Die Mauern bestehen aus Ziegeln und lokalem Travertin; das Gebäude, dessen Durchmesser fünfzig Meter übersteigt, stammt nach dem Urteil des Entdeckers aus dem zweiten nachchristlichen Jahrhundert.

*

Zur Pflege des Kindes.

Über den Schlaf im Kindesalter sind viele Mütter nicht hinreichend unterrichtet. Das Kleinkind soll im allgemeinen oft Stunden schlafen. In dem Gemüt des zu spät ins Bett gebrachten Kindes zittern die Erregungen des langen Aufbleibens noch zu sehr nach, als daß dieser Schlaf so erquickend sein könnte wie der Schlummer des Kindes, das frühzeitig zu Bett ging.

Früh zu Bett! Trotz allen Sträubens und Weinens. Man warte nicht bis der Müdigkeit in der Kindesseele Ausdruck gefunden, der schläfriger Kinder zum Ausdruck kommt. Auch dort soll es heißen früh ins Bett, wo die Kleinen spät noch so frisch und munter erscheinen wie am Morgen; geistige Ablenkung und Anstrengung kann auch bei Kindern über die natürlichverweise eingetretene körperliche Müdigkeit sehr leicht hinwegtäuschen. Im Sommer zwischen 7 und 8, im Winter zwischen 6 und 7 Uhr dürfte die Zeit sein, die oft bestig widerstrebenden Kinder zur Ruhe zu bringen.

Wenn irgend möglich, soll das Kleinkind auch während des Tages einmal schlafen, wenn auch nur für eine kurze Stunde. Die Worte „wenn irgend möglich" lassen bereits erkennen, daß es Kinder gibt, die man auch unter größter Mühe nicht zu einem Mittagsschlafchen bringen kann. Oft liegt hier nur eine schlechte Gewöhnung vor, gegen die man manchmal machtlos ist. Daher der dringliche Rat, darauf zu achten, daß das Kind die aus dem Säuglingsalter mitgebrachte Gewöhnung an den Mittagsschlaf nicht verliert.

Das kleine Kind liegt gern hart; man braucht deshalb aus falsch angebrachtem Mitleid hie immer mehr Eingang findende Matratzen nicht zu scheuen. Auch beim Kopfkissen meide man die Federn; das Kind liegt deshalb gern hart, weil es dann gleichzeitig kühl liegt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230822-11/fragment/page=0003

Vermischte Nachrichten.

Ein neues Berliner Theater.

„Das Theater" in der Lützowstraße 112 (Schwechtenstal) eröffnet unter der Leitung von Dr. Jo Therman in den nächsten Tagen einen Uraufführungszyklus lebender Dramatiker mit Werken von F. A. Angermayer, Paul Baudisch, Iwan Goll, Lion Feuchtwanger, H. H. Jahnn, Felix Langer, Robert Musil. Als Regisseure sind Ernst Angel, Bert Brecht, Arnolt Bronnen, Georg Kaiser, G. W. Pabst und Hugo Wolfgang Philipp verpflichtet. Das Ensemble der Darsteller besteht aus Mitgliedern der Kammerspiele Weimar-Jena, Berliner Schauspielern und einigen auswärtigen Bühnen.

* **Was ist Liebe?** In der „Deutschen Zeitung" für Chile kann man lesen: In Maloo (Holland) heiratete kürzlich ein achtzehnjähriger Jüngling eine Witwe, deren Sohn um vier Jahre älter als sein neuer Vater, und schon wieder ein Kind hat. — Da hat also wahrscheinlich das Enkelkind zur Hochzeit seiner Großmutter Blumen gestreut, und der Sohn ist vielleicht Trauzeuge seines Vaters gewesen!

* **Der Zwicker aus Zwickau.** In einem Fachblatt der Goldschmiedekunst empfiehlt ein geschäftstüchtiger Optiker aus Zwickau als Neuestes einen von ihm erfundenen „neuen eleganten Klemmer", D. R.-G.-M., dessen goldener Nasenbügel und Glashalter rechts und links mit — blitzenden Edelsteinen und kostbaren Perlen dicht besetzt ist. — Der geniale Erfinder und Menschenkenner fügt hinzu: „Zumeist wird die Neuheit wohl für Damen in Frage kommen, denn hier spielt die Eitelkeit eine gewisse Rolle. Außerdem ist ein solcher Klemmer ein Luxusgegenstand, der dann nicht unter den Wucherparagraphen fällt und für den man einen viel höheren Preis gern bezahlt." Der Menschheit ganzer Jammer aber packt einem an, wenn man weiter erfährt: „Auch Brillen mit und ohne Rand lassen sich nach demselben Gebrauchsmuster mit Schmuck versehen." O, reizvolle Perspektive: die Ränder rund um die Brillengläser und die Bügel bis hinter die Ohren dicht besetzt mit strahlenden Diamanten und Perlen. Der Erfindergeist hat wieder einmal triumphiert. Es lebe der Zwicker aus Zwickau!

* **Die Reparationsforderung der Sioux-Indianer.** Der Heldenkampf eines Indianerstammes in bare Münze umgerechnet — so könnte man kurz die Klage und die Gründe der Klage zusammenzufassen, welche die Sioux-Indianer gegen die Regierung der Vereinigten Staaten angestrengt haben. Nicht weniger als 700 Millionen Dollars an Entschädigungen für die ihnen von der Union geraubten Gebiete verlangen die rund 25 000 Überlebenden des ruhmreichen Stammes. Seit dem Jahre 1875 sind ihnen ohne angemessene Gegenleistung Ländereien im Umfang von 8 Millionen Acres fortgenommen worden, deren Wert sie auf 219 635 149 Dollars beziffern; diese Summe ist seither durch Zinszuwachs auf rund 700 Millionen Dollars gestiegen. Die Aussichten auf einen Erfolg dieser Klage werden recht pessimistisch beurteilt. Wenn ihr stattgegeben würde, so könnte das wohl einen Präzedenzfall ergeben, den die amerikanische Regierung mit allen Mitteln zu vermeiden trachten wird; denn falls diese Klage durchginge, so ist nicht abzusehen, wieviel weitere ähnliche Klagen das nach sich ziehen würde, die durchaus hinreichen würden, die Vereinigten Staaten bankerott zu machen.

* **Rechenaufgabe für Mittellassen.** Im „Kladderadatsch" lesen wir folgende Scherzfragen: Mit wieviel Papiermark muß man eine Kuh füttern, damit sie für eine Goldmark Milch gibt?

Wenn im Juli eine Kirsche zehn Mark kostet, wieviel kostet dann im September eine Pflaume?

Wie groß muß eine Geldtasche sein, wenn sie so viele Einmarkscheine fassen soll, um dafür ein Pfund Butter zu kaufen?

Wenn ein Kranker dem Tode nahe ist, aber von einem geschickten Arzte noch acht Wochen am Leben gehalten wird, um wieviel teurer ist dann sein Sarg geworden?

* **Tragikomödie eines Hotelverkaufs.** Im Sommer des vorigen Jahres hatte der Besitzer des Hotels „Goldener Adler" in Reichenbach sein Haus dem Finanzamt in Reichenbach für 2½ Millionen Mark angeboten und erklärt, daß er das Angebot bis zum Januar dieses Jahres offen halte. Im Januar, als das Hotel einen Wert von mindestens 100 Millionen hatte, griff das Finanzamt zu. Der Hotelbesitzer weigerte sich, das Hotel für 2½ Millionen Mark herzugeben. Es kam zum Prozeß. Das Gericht entschied zugunsten des Finanzamts; gleichzeitig wurde der Hotelbesitzer zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt. Die Gerichtskostenrechnung für die erste Instanz wurde dem Hotelbesitzer dieser Tage präsentiert; sie lautet auf 1,5 Millionen Mark. Der Mann ist also nicht nur sein Hotel los, sondern muß auch noch eine stattliche Millionenschuld auf sich nehmen.

* **Geräuschlose Straßenbahnwagen.** Wie amerikanische Blätter berichten, führt gegenwärtig die Tramwaygesellschaft der deutsch-amerikanischen Städte St. Paul und Minneapolis „geräuschlose Straßenbahnwagen" auf den Strecken ihres elektrischen Betriebsnetzes ein. Schon seit Jahren bemühen sich die Ingenieure dieser Gesellschaft, das bisherige Übel der Lärmentwicklung bei Fahrten durch den Bau besonderer Wagentypen zu vermindern und zu beseitigen. Der neue „geräuschlose Straßenbahnwagen" ist durch Ersatz der Eisenteile des Unterbaues durch ein patentiertes leichtes Metall im Gewicht von ursprünglich 450 000 Pfund auf 250 000 Pfund herabgesetzt worden. Überdies hat dieses Patentmetall die Eigenschaft der Schallabsorption. Der eigentliche Wagen ist auf den Unterbau mittels schalldämpfender Federnsysteme und solider Gummiwürfel aufgesetzt. Gummi ist bei allen Teilen des Wagens, die als Quellen von Geräuschen angesehen werden, ausgiebig verwendet, z. B. als Dichtung der Fensterrahmen und Fensterscheiben usw. Auch die bisher angewendete lärmverursachende Bremsvorrichtung wurde durch ein neues Bremssystem ersetzt. Die Ergebnisse mit den Versuchswagen haben so günstige Resultate gezeitigt, daß die Einführung der „geräuschlosen Straßenbahnwagen" von den Tramwaygesellschaften vieler amerikanischer Städte beschlossen wurde.

* **Das unterirdische London.** Die Metropolitan-Gesellschaft in London erhielt die Genehmigung, die Station Piccadilly-Circus, die fast den ganzen gleichnamigen Platz unterhöhlt, beträchtlich auszudehnen. Diesen Vorteil benutzt ein phantasiebegabter Schöffe, Mr. Thompson, seinen kühnen Plan, unter der englischen Metropole eine zweite erstehen zu lassen, bewerkstelligt zu machen. Diese unterirdische Stadt, die auch den Vorteil hätte, von der Ungunst der Witterung unabhängig zu sein, soll gleichzeitig die dringende Wohnungskrise lösen, den ungeheuren Verkehr in ruhigere Bahnen leiten und der Arbeitslosigkeit abhelfen.

* **Selbstmord beim Minister.** Der bekannte heinreiche Bankier Jesse Smith aus Ohio hat sich kürzlich in Washington im Arbeitszimmer des Justizministers Daugherty erschossen. Er war einer der intimsten Freunde des Präsidenten Harding. Weshalb er gerade das Arbeitszimmer des Ministers zum Schauplatz seines Selbstmordes gemacht hat, ist nicht recht klar; einen Finanzerzig bietet indessen das Testament des Verstorbenen, in dem er Daugherty zum Universalerben seines auf mehrere Millionen Dollar geschätzten Vermögens eingesetzt hat. Die Gründe, die den Bankier zum Selbstmord getrieben haben, sind indessen völlig in Dunkel gehüllt.

* **Für 40 Millionen Mark Strom gestohlen.** Die Stadt Köln wurde durch Diebstahl von elektrischem Strom beim Schaafhausenschen Bankverein um rund 40 Millionen Mark geschädigt. Ein bei dem Bankverein angestellter Obermonteur hat seit Oktober 1922 der städtischen Stromleitung Strom entzogen, der nicht durch die Stromzähler erfaßt wurde. Gegen den Obermonteur wurde Strafantrag gestellt. Die Direktion des Schaafhausenschen Bankvereins sagte der Stadt zu, den erwachsenen Schaden zu ersetzen.

* **Waldbrand in Südfrankreich.** Infolge der lang andauernden Hitze brach vorgestern in der Gironde ein furchtbarer Waldbrand aus, der bis gestern abend noch nicht gelöscht war. In der Gegend von Esterel und Maures hat der Brand aber seinen Höhepunkt überschritten. Der Feuerberg, den die brennenden Wälder darstellen, hat eine Länge von 18 Kilometern erreicht. Mehrere Personen — im Augenblick werden fünf gezählt — sind verbrannt. An einzelnen Stellen waren die Dorfschaften derart vom Feuer umzingelt, daß die Bewohner sich nur auf kleinen Booten über das Meer retten konnten. Tausende von Hektar Wald sind vollkommen zerstört, zahlreiche Ortschaften niedergebrannt oder in Gefahr.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Literatur; Franz Gomm für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Kurt Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ramm, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 25.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Volontär (stud. ing.) sucht **möbl. Zimmer!** Ang. u. 2098 a. d. Exp. d. Bl.

2 junge Leute suchen **Schlafstelle gegen Kohle** eventl. mit Kochgelegenheit. Ang. u. 8 a. d. Exp. d. Bl. erb.

Solider, junger Herr sucht **anständige Schlafstelle** oder **möbliertes Zimmer.** Ang. unter 6 an die Exp. d. Bl. erb.

Wer tauscht guterhalt. Klavier (Piano) geg. Schwein? Ang. unter 4 an die Exp. d. Bl. erb.

Junger Foxterrier zu kaufen gesucht. Nachw. durch die Exped. d. Bl.

Kleine Anzeigen haben den besten Erfolg im Merseb. Korrespondent.

S. S. V. 23
Morgen, Donnerstag abend 8 Uhr,
Versammlung
im „Park-Bad." Wichtige Tagesordnung! Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht! Abzeichen sind eingetroffen.
Der Vorstand.

Freiw. Feuerwehr.

Sonntag, den 26. August 1923,
Haupt-Uebung
auf dem Marktplatze. Antreten vorm. 10½ Uhr am Gerätehause.
Nachmittags von 3 Uhr ab
Gartenfest
zur Feier des 58jährigen Bestehens
im „Casino".
Das Kommando.

Freiwillige Feuerwehr
2. (Pionier-) Kompagnie.

Donnerstag, den 23. d. M., abds. ½8 Uhr
Uebung!
am Gerätehause.
Der Brandmeister.

Beth's Gesellschaftshaus
Im Café täglich
Konzert der beliebten **Haus-Kapelle!**
Morgen Donnerstag
Gesellschafts-Abend

Statt Karten!
Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme in Wort, Schrift und Kranzspenden beim Heimgange unseres lieben unvergesslichen Entschlafenen
Walter Erdmann
ist es uns nur möglich, auf diesem Wege unsern innigsten aufrichtigsten Dank auszusprechen.
In tiefstem Schmerz:
Familie Gustav Erdmann.
Merseburg, den 23. August 1923.

Herzlichen Dank
für die liebevollen Kranzspenden und innige Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Entschlafenen
Frau Frieda Laurat geb. Rössler.
Dank Herrn Pfarrer Angermann für die trostreichen Worte. Auch den Beamten der 2. Polizeihundertschaft und dem Naturheilverein sage ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.
Merseburg, den 22. August 1923.
In tiefer Trauer: Heinz Laurat.

Statt Karten!
Für die liebevolle Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben Entschlafenen
Frau Clara Flinzer
geb. Nagel
danken wir herzlichst!
Im Namen der Hinterbliebenen:
Max Günther u. Frau Aenne geb. Flinzer.
Merseburg, 22. 8. 1923.

Die neuen Post-Gebühren
mit Abänderungen ab 24. 8. übersichtl. zusammengestellt hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rößner, Merseburg, Kl. Ritterstr. 8.

Vollwaise, Arzttocht., 22 J. **sucht Stellung als Köchin oder Stütze** in mögl. klein. Haushalt; evtl. auch Vertrauensposten. Ang. u. 5 a. d. Exp. d. Bl. erb.

Männliches Modell große muskulöse Gestalt, und **weibliches Modell** volle schlanke Figur, gesucht. Ang. unt. 7 a. d. Exp. d. Bl.

Wirtschaftsverband für Handel und Industrie.
In der morgen Donnerstag, den 23. August 1923, um 8 Uhr abends im Ratskeller stattfindenden
Versammlung spricht Herr Dr. Hannß über
„Die Notlage des Einzelhandels".
Das Erscheinen aller Mitglieder wird dringend gewünscht. Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.

Die Steuerpflichtigen
werden auf folgendes hingewiesen:
1. **Am 1. August 1923** war der erste Teilbetrag **der Brotversorgungs-Abgabe** in Höhe des vollen zehnfachen Zwangsanleihebetrages fällig; zahlbar bei der Finanzkasse.
2. **Bis 25. August 1923** ist als **Vorauszahlg. auf die Einkommensteuer** das 400fache der Vierteljahressteuer von 1922, also das 100fache der Gesamt-Einkommensteuer für 1922 fällig. Der Vierteljahresbetrag ergibt sich aus dem Abschnitt B des Steuerbescheides für 1922. Ist der Steuerbescheid noch nicht zugestellt, so ist die Steuer nach dem deklarierten oder später anerkannten Einkommen zu errechnen. Der Tarif ist einerseits bei der Steuererklärung zugesandt worden. Die Zahlung ist an die Finanzkasse (Postscheckkonto Nr. 8014, Bankkonto Reichsbankgirokonto Merseburg) zu entrichten. Das im letzten Steuerbescheid oder in der Vorauszahlungsbenachrichtigung angegebene Kassenzeichen ist anzugeben.
   Die buchführenden Landwirte haben einen besonderen Festsetzungsbescheid erhalten.
3. **Bis zum 25. August 1923** ist als erster Teilbetrag der **Rhein- und Ruhr-Abgabe** das Doppelte des unter 2. bezeichneten Betrages, also das 200fache der Jahreseinkommensteuer für 1922 zu zahlen und zwar bei der gleichen Kasse wie zu 2.
4. Die gleichen Beträge wie zu 2. und 3. sind am 5. Oktober 1923 und 5. Januar 1924 fällig, wenn nicht bis dahin eine anderweitige Mitteilung zugestellt oder wenn nicht durch öffentliche Bekanntmachung etwas anderes festgesetzt wird.
5. **Vom 1. September 1923 ab** ist das Doppelte der von dem Arbeitslohn der Arbeitnehmer einbehaltenen **Steuerabzugsbeträge** ohne weitere Aufforderung an die Finanzkasse abzuführen. Soweit in einem Betriebe der Steuerabzug durch Verwendung von Steuermarken bewirkt wird, ist der Betrag unter ausdrücklicher Bezeichnung als „Arbeitgeber-Steuer" in bar oder durch Ueberweisung an die Finanzkasse zu entrichten. Bei land-, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben einschließlich der Winzer, Obstzüchter, Hopfenbauer usw. tritt anstelle der Arbeitgebersteuer eine Landsteuer in Höhe von 1½ (anderthalb) Goldmark monatlich für jede zweitausend Mark Wehrbeitragswert des Grundstücks. Die Abgabe ist erstmalig unaufgefordert bis spätestens 1. September 1923 für den Monat September an die Finanzkasse zu zahlen. Der Umrechnungskurs wird besonders bekannt gemacht und ist bei den Finanzämtern zu erfahren.

Die Steuerpflichtigen haben dem Finanzamt einzeln anzugeben, welche Beträge und an welche Kasse sie Brotversorgungsabgabe, Einkommensteuer-Vorauszahlung und Rhein-Ruhr-Abgabe im August gezahlt haben, widrigenfalls sie sich trotz etwaiger Zahlung der Gefahr der Zwangsvollstreckung aussetzen.

Bei nicht pünktlicher Zahlung haben die Steuerpflichtigen Zwangsvollstreckung zu gewärtigen. Außerdem wird für den Rückstand für jeden angefangenen halben Monat ein Zuschlag in Höhe des 4fachen der Beträge erhoben, so daß schon bei einem Rückstand von 3 Wochen das 8fache und bei einem Rückstand von 7 Wochen das 16fache des Rückstandes als Zuschlag zu zahlen ist.

Merseburg, den 22. August 1923.
Finanzamt.

ff. grüne Heringe
ff. Fett-Bücklinge
Lebensmittelgeschäft Otto Fickert, Teichstraße 31.

Das beste Waschmittel ist **Goldperle** mit Seifenkelsoda
Voll garantiert frei von schädlichen Zusätzen.

Merseburger Haarverwertungsstelle
kauft laufend ausgekämmtes Frauen-Haar zu höchsten Tagespreisen, Kilo v. 1 000 000 aufwärts
Hugo Presch, Damen- u. Herren-Friseursgesch., Roßmarkt 2.

Elektr. Licht- und Kraft-Anlagen,
Neuanlagen — Erweiterungen — Reparaturen zum Anschluß an Elektr.-Werke und Ueberlandzentralen führt sofort und preiswert aus
Paul Gebeh, Oelgrube 15, Tel. 274.

Vorgeschriebene Formulare für **Auslands-Pakete** hält vorrätig Buchdruckerei Th. Rößner, Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Gebildet. Fräulein, im Haushalt erfahren, zur Unterstützung der Hausfrau gesucht. Mädchen u. Waschfrau wird gehalten. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Hausmädchen mit guten Zeugnissen zum 1. September bei hohem Lohn gesucht
Dr. Berns, Neu-Rössen, an der Gärtnerei 1.

Jüng. Mädchen zu dreijähr. Kind für vorm. 10—12 Uhr sofort gesucht
Näh. Roßmarkt 3, Laden.

Mädchen, das alle Hausarbeiten selbständig verrichten kann, zum 1. Sept. oder später gesucht
Neu-Rößn., Windmühlstr. 1.

Sauberes **Mädchen** für baldigst bei zeitgemäß. Gehalt gesucht.
Frau Staben, Neu-Rössen, Merseburger Str. 8.

Tüchtg. Mädchen mit guten Zeugnissen gesucht
Frau Anna Kohl, Hallesche Str. 6, 1 Tr.

Ordentl. jüngeres Mädchen als Aufwartung ges. Neu-Rössen, Merseburg. Str. 145

Anzeigen für Schafstädt und Umg.
Geschäftsstelle: Buchdruckerei O. Brünner
Tel. 74. in Schafstädt. Tel. 74.

H. Pohl,
Leipzig,
Wollwarenhandlung,
Sophienstr. 36. Tel. 11516.
Stets Einkauf von **Schafwolle** gewaschen und ungewaschen.
Gegenlieferung von Garnen Wollwaren usw.
Angebote erwünscht.
Beste Absatzquelle für Händler.

Kleine Anzeigen
haben den besten Erfolg im Merseb. Korrespondent. (Nebenausg. Schafstädt. Ztg.)

Wir suchen für unser Detail-Geschäft und leichtere Kontorarbeiten
Fräulein mit gut. Handschrift
Schreibmaschinenkenntnisse erwünscht, aber nicht Bedingung. Angebote mit Gehaltsansprüchen unter 2063 an die Exped. d. Bl. erb.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230822-11/fragment/page=0004

Erziehung zum Deutschtum.

Eine Auslegung von Fichtes Reden an die deutsche Nation.
Von Dr. Siegfried Berger.

VII.

Zwölfte Rede.

Was war — nach diesem kurzen Aufriß des Erziehungsplanes in der 9. bis 11. Rede — nun noch hinzuzufügen? Noch dreimal versammelte Fichte seine Hörer um sich. Er wandte sich in der 12. und 13. Rede mit großer Kühnheit gegen den Zeitgeist, der seinem Plan zum inneren Aufbau der Nation entgegenstand. Diese beiden Reden sind der Zerstreuung herrschender Vorurteile, Bedenken und Mutlosigkeit gewidmet und in ihrer Durchführung geradezu klassische Muster einer wirklich schöpferischen Kritik.

Die zwölfte Rede gilt insbesondere den Schöngeistern und Geistesaristokraten, die sich der Zeitströmung anpassen, jeden Radikalismus verwerfen und sogar mit der Fremdherrschaft sich abfinden. Das ist angesichts der französischen Spitzel im Saal freilich so geistvoll gesagt, daß nur der tiefer Lauschende, Überzeugungsuchende es vernimmt. Um so dringlicher wirkt es. Steht es doch unter den wuchtigen Zeichen des berühmten Satzes aus dieser Rede: **„Charakter haben und deutsch sein, ist ohne Zweifel gleichbedeutend."** Ein unerbittlicher Ausschluß aller Schwankenden vom nationalen Wesen liegt in diesem stolzen Wort.

Wie man diesen Satz nur im Zusammenhang dessen, was die 1.—8. Rede gebracht hat, verstehen darf, so ist diese ganze zwölfte Predigt an die Gebildeten seiner Epoche nur zu begreifen als die Anwendung seiner sittlich-religiösen Auffassung vom Nationalen auf den matten und ungewissen Geist der Vielwisser, der nur dem Schönen Hingegebenen, der Volksfremden.

„Charakter haben" — d. h. vor allem auch Stellungnehmen zu Staat und Nation. Wir würden heute sagen, staatsbürgerliche Verantwortung fühlen und bewähren. Gilt nicht heute noch für diese „Gebildete" jene politische Ahnungslosigkeit und Flachheit, die Fichte 1808 bekämpfte? „Wir müssen über die großen Ereignisse unserer Tage ... mit eigener Bewegung unserer Gedanken nachdenken, und uns eine klare feste Ansicht von allen diesen Gegenständen, und ein entschiedenes und unwandelbares Ja oder Nein über die hierher fallenden Fragen verschaffen; jeder, der den mindesten Anspruch auf Bildung macht, soll das." Pflicht zur Politik, sagen wir heute; aber zu politischer Arbeit, nicht zu Stimmungs- und Schlagwortpolitik.

Verächtlich tut er die gedankenlose Tratscherei des „Journalwesens" ab, das geballte Redensarten in Massen hervorbringt und alles selbständige politische Denken unterdrückt. Jeder Redende und Schreibende unterwerfe sich immer wieder dem Gericht, das Fichte im 8. bis 10. Abschnitt dieser Rede über die Vielschreiberei und Vielrederei abhält: Der literarische Verkehr unter den Deutschen ist zum vielstimmigen Geschwätz geworden. „Wie in den bekannten schlechten Gesellschaften des persönlichen Verkehrs", so komme es dort nur darauf an, „daß die Menschenstimme ertönelle, und daß jeder ohne Stocken sie aufnehme, und sie dem Nachbar zuwerfe, keineswegs aber darauf, was da ertönte. Was ist Charakterlosigkeit und Undeutschheit, wenn es das nicht ist?"

Verneint er so mit herben Worten jeden Wert des schlechten Aufklärungsgeredes, so trifft er damit unsere Zeit genau so wie die seinige. Aber so treffend all diese grimmigen Sätze sind, die er den Zeitgenossen ins Stammbuch diktiert, sie sind ihm doch stets nur Hintergrund für die positive Forderung: Durchgreifende Erziehung! Aufbau der Nation!

Der matten Resignation dieser gebildeter Zeitgenossen setzt er um so härter dieses radikale Verlangen entgegen, als ihm eine nationalgefährliche Antwort allenthalben entgegentritt: Wir haben ja als einigendes Band unsere Sprache und Literatur. Das verbürgt unsere nationale Existenz auch ohne politische Selbständigkeit. Ein rechter, krasser Federfuchserstandpunkt! Die politische Selbständigkeit ist die Voraussetzung der Nationalerziehung, wie diese für das Heranreifen zur echten Nation überhaupt. Freilich ist, wie Fichte in der vierten Rede nachwies, gerade die Sprache entscheidend für die nationale Eigenart. Aber sie ist doch nur die glücklich erfüllte geschichtliche Verbindung, deren Vorhandensein uns die Pflicht nationaler Fortentwicklung auferlegt. Die Fremdherrschaft kann uns dieses unschätzbare Gut sprengen, kann allmählich zur Verfälschung des ursprünglichen Sprachgutes, damit aber zum Verlust unserer festesten nationalen Basis führen. Vollends die „Literatur" muß die Fremdherrschaft zum Opfer fallen. „Was kann denn das für eine Literatur sein, die eines Volkes, ohne politische Selbständigkeit?" Daher ist politische Selbständigkeit ein Ziel, das mit dem Erziehungsziel verbunden ist. Ohne jene ist dieses nicht zu erreichen! Mit verhaltener Leidenschaft preist er bei Verzeichnung dieses Satzes den von manchem Deutschen verleumdeten Napoleon an (Abschn. 20 ff.), natürlich ohne den Namen auszusprechen. Mühsam verhalten ist diese 12. Rede überhaupt: nur in der polemischen Wendung gegen die Schreibtischmenschen und Schöngeister kann er sein eigentliches Hauptthema durchführen: politische Selbständigkeit ist die natürliche Vorbedingung aller Erziehungspläne.

Vor einem Streik der Gastwirte und Saalbesitzer?

Protestversammlung gegen die städtische Getränkesteuer.

Merseburg, 22. August 1923.

Im Saale von Beths Gesellschaftshaus fand gestern nachmittag eine gut besuchte Protestversammlung der Gastwirte, Saalbesitzer, Destillateure usw. statt, die sich gegen die von den städtischen Körperschaften beschlossene Getränke-Steuer richtete.

Restaurateur R. Beth begrüßte die Anwesenden, besonders die Vertreter der Kaufmannschaft, der Mittelstandsvereinigung, der Brauereien, der Presse und des Provinzialverbandes der Gastwirte. Es gelte, gegen die neuerliche Belastung des Gastwirt-Standes, der ohnehin mit schweren wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, Protest zu erheben. Der Stand sei einfach nicht mehr imstande, eine derartige Steuer zu tragen, bis neben den übrigen Steuern 5 Prozent für Bier usw. und 15 Prozent für Wein betrage. Ein formeller Grund liege darin, daß die Steuer nur vom Quartalsersten ab eingeführt werden könne. Der Regierungspräsident habe wohlwollende Prüfung der Angelegenheit versprochen. Übrigens liege die Steuerordnung noch nicht einmal dem Bezirksausschuß zur Prüfung vor, sei also auch noch nicht rechtskräftig. Die übrigen Gründe seien wirtschaftlicher Natur.

Der Gastwirtsstand stehe vor dem wirtschaftlichen Ruin.

Geschwerend falle ins Gewicht, daß diese Steuer in der Umgegend nicht erhoben werde, das führe dazu, daß die Vereine noch mehr wie jetzt schon, ihre Veranstaltungen in die Dörfer verlegen. Interessant sei ferner, daß in verschiedenen anderen Städten wegen der schwierigen Durchführung von der Erhebung Abstand genommen worden sei. So habe z. B. Düsseldorf darauf verzichtet. Auch Oberbürgermeister Leinert von Hannover habe die Einführung einer solchen Steuer abgelehnt. Wer mehr trinken wolle, dem Gastwirt die bedeutende Mehrarbeit, die er von der Errechnung und Buchführung habe, vergüten? Von Seiten des Gastwirtsgewerbes müsse die Steuer abgelehnt werden.

In der Debatte ergriff zunächst Herr Thiebes-Halle vom Provinzialverband das Wort. Er bedauerte, daß die Protestversammlung erst nach dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zustande gekommen sei. Mit Erstaunen habe er wahrgenommen, daß man in Merseburg die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr bekanntgebe und somit die Bürgerschaft allerlei überrumpeln könne. Die Sitzungen seien öffentlich, also sei es auch Pflicht des Stadtverordnetenvorstehers, die Tagesordnung vorher bekanntzugeben. Der Bürger muß wissen, wenn über Fragen, die seinen Stand betreffen, verhandelt wird. Gegen diese Sondersteuer müsse schärfster Protest erhoben werden, eventuell müsse man zu schärfsten Mitteln, dem Streik, greifen.

Stadtverordneter Kahl versucht den unhaltbaren Zustand zu erklären, warum die Stadt die Tagesordnung nicht mehr bekanntmache. Man hätte vor der Wahl gestanden, allen Zeitungen aber keiner die Tagesordnung zur Veröffentlichung zu überweisen. (??) Die Steuer würde übrigens, wie ihm versichert worden sei, nicht vom Bruttobetrag, sondern nur vom Verdienst errechnet.

Restaurateur Beth widerlegte die letzte Behauptung durch den Text der Steuerordnung, die den Kleinverkaufspreis bestimmt.

Es sprechen sich weiter mit größter Entschiedenheit gegen die neue Steuer aus die Herren Albert, Nicolai, Thiebes, Hohler. Letzterer bringt als neues Moment die nachträgliche Bereitwilligkeit des Magistrates über die Durchführung der Steuer mit den berufenen Organisationen zu verhandeln, in die Debatte.

Namens der Mittelstandsvereinigung wenden sich die Herren Freiberger und Matthies gegen die Sonderbelastung des Gastwirtsgewerbes. Gastwirt Werner weist darauf hin, daß schließlich die hiesigen Gastwirtschaften nur noch des Sonntags ihre Pforten offen halten können. Man müsse auch bedenken, daß die Mittagsgäste, die heute gezwungen sind, in den Restaurants zu speisen, gleichfalls weitere Lasten dadurch aufgebürdet würden, da sie doch stets ihr Glas Bier verzehren müßten, in das doch diese neue Steuer wieder hineinkalkuliert werden müßte. Man habe bei seinem Vorgehen also auch die weiteren Verbraucherkreise hinter sich.

Einstimmig wurde die Steuer als nicht tragbar abgelehnt und folgende Entschließung gefaßt:

„Die heute, am 21. August, in Merseburg in Beths Gesellschaftshaus tagenden Interessengruppen erheben schärfsten Protest gegen die vom Magistrat beschlossene und bereits, allerdings ohne Zustimmung des Bezirksausschusses, eingeführte Getränkesteuer. Diese Steuer, die nach Absatz 3 des Landessteuergesetzes nur am Beginn des Kalendervierteljahres in Kraft gesetzt werden kann, bedeutet für den Merseburger Gastwirt eine neue steuerliche Sonderbelastung, die er nicht mehr tragen kann. Auch die Art der Erhebung würde dem Gastwirt eine große Arbeit aufbürden, die derselbe auch schon wegen des damit verbundenen Zeitverlustes, sowie der nicht unerheblichen Kosten für Bücher, Schreibmaterial usw. nicht zu tragen vermag. Da andere Orte diese Steuer nicht eingeführt haben, wird die Abwanderung unserer Gäste auf die umliegenden Ortschaften eine noch größere wie bisher sein auf Kosten der Merseburger Gastwirte. Ferner bereitet die praktische Durchführung einer derartig komplizierten Steuer dem Gastwirte, dem Händler, und nicht zuletzt der Stadt selbst solch ungeheure Schwierigkeiten, daß der Ertrag dieser Steuer auch um ein ganz geringer sein kann. Die unterzeichneten Interessengruppen lehnen aus oben angeführten Gründen die Steuer ab. Sie sind der Meinung, daß die Getränkesteuer, da sie vom Bezirksausschuß noch nicht genehmigt ist, der Rechtskraft entbehrt. Aus diesen Gründen werden Gastwirte und Händler auch die geforderten Bestandsanmeldungen nicht einreichen.

Der von dieser Versammlung gewählte Aktionsausschuß stellt sich dem Magistrat jederzeit zu Verhandlungen zur Verfügung.

Verein der Gastwirte. — Verein der Saalbesitzer. — Mittelstandsvereinigung."

In den Aktionsausschuß, der die gewünschten Verhandlungen mit dem Magistrat zu führen hat, wurden gewählt: Für die Gastwirte und Destillateure: Lehmann, Hohler, für die Saalbesitzer: Beth, Eisenberger; für die Kaufmannschaft: Albert, Weidling; für die Mittelstandsvereinigung: Freiberger, Matthies; die Braun-Industrie hat ihre Vertreter selbst zu bestimmen.

Nach weiterer lebhafter Debatte wurde einstimmig beschlossen, im Notfall auch zu dem letzten Mittel zu greifen: dem Streik.

*

Zum ersten Male hat sich, wie wir das voraussehen, die Nichtveröffentlichung der Tagesordnung in der Presse gerächt. Die Zuhörung der Sache wäre unbedingt vermieden worden, wenn, wie das in allen größeren und den meisten kleineren Städten üblich ist, diese Veröffentlichung erfolgte. Dann hätten die Gastwirte vor der entscheidenden Sitzung die Möglichkeit gehabt, den Stadtvätern ihre Bedenken und ihre Auslage vorzutragen. So war das verweitelt. — Eine feine Einrichtung: das schwarze Brett!

Radbruchs Justizreformen.

Von Reformen im Justizwesen hat man in der letzten Zeit, nachdem das Gesetzlosigkeitsgesetz und das Jugendgerichtsgesetz erledigt waren, nicht mehr viel gehört. Sehr erklärlich. Denn die wirtschaftliche Misere, in der wir uns seit Sommersonntag befinden, hat die Gedanken an alles Fernerliegende zurückgedrängt. Nun ist aber in Wirklichkeit das öffentliche und private Recht gar nicht etwas, das uns so fern liegt, im Gegenteil steht es vielfach im engsten Zusammenhang mit den aktuellen Wirtschaftsfragen. Da ist es denn interessant zu erfahren, daß der sozialdemokratische Reichsjustizminister Prof. Dr. Radbruch, der dieses Amt jetzt schon zum zweitenmal bekleidet, bereits eine Art Reformprogramm geschaffen hat und darüber im „Vorwärts" einige Mitteilungen macht.

Die Schaffung des neuen Strafgesetzbuches,

von der schon seit Jahrzehnten die Rede ist, hält er freilich für eine Aufgabe, die erst der neugewählte Reichstag berufen sein kann; mehr Hoffnung dagegen hat er für die baldige Erledigung der Neuordnung der Strafgerichte, wofür ein Entwurf schon im Rechtsausschußbes Reichstags ruht. Diese Neuordnung soll bekanntlich dreierlei bringen: die Durchführung der Berufung in Strafsachen, die Durchführung der Laienbeteiligung in den Strafgerichten der ersten wie der Berufungsinstanz und schließlich eine Auswahl der Strafrichter, durch die auch die Angehörigen der Arbeiterschaft das Laienrichteramt versehen können. Minister Radbruch stellt daneben noch ein Auslieferungsgesetz in Aussicht, das insbesondere auch das Asylrecht der politischen Verbrecher regeln soll. Was den Zivilprozeß anlangt, so ist ein Notgesetz zur Beschleunigung des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vor der nicht so schnell zustande zu bringenden Gesamtstrafreform des Zivilprozesses ausgearbeitet; es liegt jetzt dem Reichsrat vor. Ferner soll ein Arbeitsgerichtsgesetz gleichzeitig mit der Schlichtungsordnung noch diesen Reichstag beschäftigen. In Bezug auf das bürgerliche Recht stellt der Minister seine Reform des Erbrechts in Aussicht, wonach entferntere Erben von dem Erbrecht ausgeschlossen werden. Sodann soll noch ein Gesetz über die Rechtsstellung des unehelichen Kindes diesem Reichstag zugehen. Schließlich hofft Radbruch immer noch, die bekannte, von den Demokraten angeregte Erweiterung des Ehescheidungsrechts durchsetzen zu können.

Edith Bürkners Liebe.

Roman von Fr. Lehne.

24. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Da lächelte er sein freundliches, gutes Lächeln, das ihn so unwiderstehlich machte. Er nickte gemütlich und sagte in seiner impulsiven Art:

„Ich wollt' halt gut machen, was ich gestern abend verbrochen."

Dieses Wort flog im Nu durch den ganzen Saal. Er wurde nun jubelnd umdrängt; die Leute aus den ersten Reihen kamen auf ihn zu und drückten ihm die Hände; Damen lösten Blumen von ihren Kleidern und warfen sie ihm zu. So war er wohl noch nie gefeiert worden — seine Augen feuchteten sich vor innerer Rührung.

Ja, hier war er ein ganzer! Das fühlte er! Hier konnte er es mit den Größten aufnehmen.

Nun wollte er nicht wieder von dem Wege abweichen, der so klar vor ihm lag.

Wenn Edith das erlebt hätte — wie hätte sie sich gefreut, sein goldenes Mädele! — Zu ihr flogen in diesem Augenblick seine Gedanken voller Liebe und Sehnsucht, da seine Braut sich grollend zurückgezogen hielt, beleidigt, verletzt durch sein Mißgeschick!

*

Als er nach Hause kam, lag ein Brief von Martha da, der mit der letzten Post gekommen war.

Anfänglich wollte er ihn gar nicht lesen, um sich die weibevolle Stimmung nicht zu verderben; aber die Neugierde, zu wissen, was sie ihm wohl zu schreiben hatte, überwog doch, so daß er den Brief schließlich öffnete.

Beim Lesen furchte sich seine Stirn, und er biß sich heftig auf die Lippen.

„Warte, mein Püppchen, wenn du denkst, daß du mich tyrannisieren kannst, bist du halt im Irrtum. Noch hast du mich mit Fett!" murmelte er.

In kurzen kalten Worten teilte ihm Martha mit, daß sie nach den Kritiken, die heute in der Mittags- und Abendzeitung gestanden, nicht den Mut habe, in das Konzert zu kommen, um sich nicht einer nochmaligen Blamage auszusetzen. Er solle sich daher nicht wundern, wenn er sie nicht sehe; außerdem sei sie von den Aufregungen viel zu angegriffen. Er möge sie deshalb entschuldigen und werde ihr sicher ihr Fernbleiben nicht verdenken können.

„Nein, wirklich nicht", dachte er ingrimmig.

Früh schon am anderen Morgen ging er zu Hildebrandts.

Martha, die ihn hatte kommen sehen, triumphierte. Sie wollte sich anfangs gar nicht sehen lassen, denn sie fühlte sich doch immer noch als die Beleidigte. Aber sie besann sich doch anders — sie mochte den Begrüßungskuß des Geliebten nicht entbehren und kam deshalb, in ein verführerisches Matinee gekleidet, ins Wohnzimmer.

Bei seinem Anblick stutzte sie und tat, als wolle sie nicht eintreten.

„Ah, du bist es, Lucian? So früh vermutete ich dich noch nicht! Verzeih, ich bin noch nicht angezogen" und kokett faßte sie nach dem Halsausschnitt ihrer Morgenjacke.

Er machte aber keine Anstalten, sie in die Arme zu schließen, wie sie im stillen gehofft hatte.

Kalt sah er sie an.

„Ich wollte dir nur danken für deine liebenswürdigen Zeilen von gestern abend. Nun weiß ich halt, weshalb du mit im Konzert warst!"

„Nein, ich traue mich nicht", sagte sie trotzig, „die Leute hätten ja mit Fingern auf mich gezeigt."

„Und ich? An mich dachtest du wohl nit, der ich doch schon wieder dem Publikum gegenüberstehen mußte? Das fiel dir nicht ein, mir Trost und Sicherheit durch deinen Anblick zu geben?"

Sie zuckte die Achseln.

„Du bist's gewohnt!"

„Aber ich, die ich so viel von deinem Stück gesprochen und Reklame gemacht habe! Glaubst du, mir wäre das angenehm gewesen? Förmlich Spießruten hätte ich ja laufen müssen, nachdem mein Bräutigam so zerpflückt wurde von den Kritiken. Du hast sie doch gelesen und weißt —"

„Mein", unterbrach er sie trocken, „noch nit!"

„Wie, du hast die Kritiken noch nicht gelesen? Du hattest wohl Furcht?" fragte sie verwundert und entrüstet zugleich.

Sie stand auf und nahm von dem Schreibtisch einige Zeitungen, die sie vor ihn auf den Tisch warf.

„Hier sind sie; wenn du Lust hast, kannst du sie gleich lesen."

Er faltete die Blätter ohne eine Spur von Erregung auseinander, und Martha beobachtete ihn scharf.

„Nun hast mich rot angestrichen! Ich danke dir für diese Aufmerksamkeit!" sagte er spöttisch. „Nun wohl, dann will ich dir den Gefallen tun und gleich lesen", obwohl ich jene Kritiken erst heute abend mit den Berichten über gestern lesen wollte, 's wär' halt ein Abmachen gewesen."

Er las die Rezensionen aufmerksam durch; dann legte er die Zeitungen wieder zusammen und sagte gemütlich:

„'s ist hart und bitter, das zu lesen; aber noch härter ist's, daß die Leut' halt recht haben. In übrigen hab' ich die Aufführung des Schauspiels sofort zurückgezogen. 's ist nun mal geschehen, ein zweites Mal macht man solche Dummheiten nit wieder!"

„Dummheiten nennst du das? Nur Dummheiten nennst du, was deinem künstlerischen Renommee geschadet hat?"

Martha lachte nervös auf, als sie das sagte.

„Meinst" fragte er dann in seltsamem Tone und sah sie mit den strahlenden blauen Augen an.

Dabei fiel ihm auf, wie unvorteilhaft und fast häßlich Martha in der Morgenbeleuchtung erschien, der Teint so fahl trotz des Puders, der auf ihrem Gesicht lag.

Da kam ihm der Gedanke an Edith, die gerade des Morgens immer so rosig und frisch, wie zum Anbeißen aussah.

Wie hatte er nur ein so kurzsichtiger, blöder Tor sein können! Aber schließlich, wenn einem das Messer so eklig an der Kehle sitzt, wie ihm damals, da ergreift man wohl blindlings die rettende Hand — besonders, wenn sie einem so sehr entgegenkommend geboten wurde, wie ihm in diesem Falle. Der bittere Nachgeschmack kommt dann allerdings später!

„Du bist so sonderbar heute, Lucian — gar nicht, als ob dich das trifft, was hier geschrieben steht."

Verwundert sah Martha ihren Verlobten an und deutete nochmals nachdrücklich auf die Zeitungen.

„Nein, das trifft mich nicht mehr", entgegnete er ruhig — „seit gestern abend nicht mehr", fügte er in Gedanken hinzu; er sagte aber weiter nichts, da Martha nicht fragte, wie das Konzert gestern verlaufen war, trotzdem sie wußte, daß er eine große Aufgabe zu lösen gehabt hatte.

Seine große Ruhe in dieser Angelegenheit, die sie so stark erregt hatte, machte Martha sehr nervös; sie vermochte sich kaum mehr zu beherrschen.

„Ich begreife dich einfach nicht, Lucian! Ich würde mich zu Tode schämen, wenn ich so etwas von mir lesen müßte! Mich geht's doch ebenso viel an, wie dich!" rief sie aufgebracht. „Du hättest nur hören sollen, was ich in den Pausen habe anhören müssen — so recht aus dem Publikum heraus, mit Stichelreden, auf die man nichts erwidern kann! Man hätte sich nach den Ankündigungen und Erzählungen doch mehr versprochen und so weiter! Und dann diese höhnischen, triumphierenden Gesichter! Man kann sich kaum wieder mit dir sehen lassen!" schloß sie mit einem schrillen Auflachen, jede Vorsicht vergessend.

Da wurde Lucian ganz bleich; ein entschlossener kalter Ausdruck trat in sein Gesicht.

Anfänglich hatte er mit einem amüsierten Lächeln zugehört; aber das war ihm zu viel!

Er stand auf.

„Das sollst du auch nicht mehr, Martha, das will ich dir ersparen! Du sollst nicht mehr nötig haben, dich meiner zu schämen. Ich geb' dich frei!"

Er zog den guten goldenen Reif vom Finger und legte ihn auf den Tisch.

Starr vor Schrecken stand Martha da.

Das hatte sie doch nicht gewollt!

Sie war keines Wortes mächtig.

Ihre Eltern, die bisher schweigend dem Wortgeplänkel der Verlobten gelauscht, suchten jetzt zu vermitteln.

Martchen habe es doch nicht so gemeint — sie sei so schrecklich nervös, das müsse man auch bedenken. — Doch kurz schnitt Waldow jedes Wort ab. Seine Geduld war zu Ende.

Er sei auch nervös, sagte er, und Martha habe soeben bewiesen, daß sie nicht zur Frau eines Künstlers tauge; eine solche müsse ihren Mann trösten, aufheitern, ihm treulich zur Seite stehen, wenn ihm etwas mißlingen sei, sie dürfe ihm aber keine Vorwürfe machen und ihn in seinem Ehrgefühl nicht kränken. Wenn seine Braut jetzt schon so rücksichtslos sei, wie würde da ihre Ehe später verlaufen. Er sehe kein Glück darin.

„Überlege es bis, Lucian", flehte Frau Hildebrandt, „ich bitte dich."

Doch er schüttelte bestimmt den Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

Immer daran denken

muß die praktische Hausfrau, daß es zum Färben von Kleidern, Blusen, Gardinen usw. nichts Besseres gibt, als die weltberühmten echten Heitmann's Farben, Marke Fuchsstopf im Stern. Erhältlich in der Zentral-Drogerie R. Kupper, Merseburg.

Heitmann's Farbe spart den Färber.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230822-11/fragment/page=0005

Volkswirtschaftliches.

Deutsche Wirtschaftszahlen.

22. August

Dollarstand (mittel) 5 500 000. — In Amerika 5 263 157.

Eine Silbermark = 300 000 Mark.
Goldpfandlaufgeld: 96 809 900 Prozent.
Reichsbankdiskont: 30 Prozent.
Großhandelsindex (vom 14. August): 663 880.
Reichsindex vom 13. August: 436 935.
Index für Bäder und Kurorte: 450 000.
Schlüsselzahl des Buchhandels: 700 000.

Wert der Goldmark in Papiermark.

In der folgenden Tabelle sind die Papiermarkwerte von 1—10 Goldberechnungsmark angegeben bei einem

Dollar-Geldkurs von 5 486 250

(1 Dollar = 4,2 Goldmark.)

1 =	1306250	3 =	3918750	5 =	6531250	7 =	9148750	9 =	11756250
2 =	2612500	4 =	5225000	6 =	7837500	8 =	10450000	10 =	13062500

Devisen sehr fest. — Dollar bei 10 % Zuteilung 5,5 Millionen.

Die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung vor Deutschland auftürmen, vielleicht auch die Erwägung, daß die Rückkehr zur Goldrechnung die Markwährung völlig ihrer Kaufkraft beraubt, haben einen neuen katastrophalen Marksturz hervorgerufen. Nachdem der Dollar am Montag mit 4,2 und abends mit 5,4 Millionen gehandelt worden war, trat an der gestrigen Neuyorker Börse eine Halbierung des Markkurses ein: die Dollarparität war vorübergehend 8,3, später 7,6 Millionen. An der Neuyorker Nachbörse trat eine leichte Erholung auf eine Parität von 6,5 Millionen ein. In Berlin wurden Dollarnoten gestern vormittag mit 7 Millionen bezahlt, Pfundnoten etwa mit 32 000 000. Abgeber waren fast gar nicht vorhanden, so daß trotz lebhafter Nachfrage die Umsätze nicht groß waren. Man spricht von einer neuen Markstützungsaktion und zwangsweisen Schaffung eines Devisenfonds für diese Markstützung und zur Beschaffung verbilligter Lebensmittel. Es verlautet von neuem, daß sehr einschneidende Maßnahmen im Devisenhandel getroffen werden sollen. Gegen 12 Uhr nannte man einen Dollarkurs von 7,6 Millionen. An der Börse war die Nachfrage sehr stark, das Angebot sehr klein. Der Reichsbank gelang es, durch starke Repartierungen den Kurs für den Dollar auf 5,5 zu halten, während er wenige Zeit später im freien Verkehr mit 7 gehandelt wurde. Amsterdam 10 Prozent Zuteilung, Kristiania 25 Proz., Kopenhagen 20 Proz., Stockholm 25 Proz., Italien 25 Proz., London 10 Proz., Neuyork 10 Proz., Paris 10 Proz., Schweiz 10 Proz., Spanien 20 Prozent, Wien und Prag (unter 3 Millionen 10 Proz., darüber 1 Proz.), Japan 10 Proz.

Die Mark in Neuyork.

Vorbörslicher Markkurs am 21. August 0,000017 Cts. Geld (= 5 882 350 Mark). Schlußkurs am 21. August 0,000017 Cts. Geld (= 5 882 350 Mark).

Effektenmarkt.

Hallesche Börse.

Kursnotierungen der Halleschen Bankfirmen.

Hall. Bankver.	690000	Eisenwerk Brehmer	3 Mill.	Gottfried Lindner neue	2,98 Mill.
Verf. Zucker, Feuer	150000	Halle Zimmerm., St.	1 Mill.	Wegelin u. Hübner	2 Mill.
Hall. Eisenerzschaft	11 Mill.	do. neue	—	do. neue	—
do. neue	—	Hall. Maschinenfabr.	7 Mill.	Zeitzer Maschinen	7 Mill.
Wiedel Mansfeld	50 Mill.	Hall. Nähmaschinenwerke	1,25 Mill.	Zuckerraffin. Halle	2 Mill.
Maschinenfabrik Eisenberg	50 Mill.	Glanzstoff Köln	10 Mill.	Schropplauer Kalkwerke	4 Mill.
Ammendorf. Papier	4 Mill.	Köthlitzsdorfer Zucker	5 Mill.	do. neue	—
Aktienmolk. Böhmerle	—	Hoffhäuser-Hütte	2,8 Mill.	Brauchbar-Nierleben	—
Elektrowerk Bitterfeld	5 Mill.	Wettiner Lindner	3,4 Mill.	Stickstoffwerk	—

Warenmarkt.

Leipziger Produktenbörse.

Weizen, inl., 9600—10000. Roggen, inl., 7500—8000. Sommergerste, inl., 8000—8500. Wintergerste 7500—8000. Hafer, inl., 8500 bis 9000. Mais 8500—10000. Rapsen 8000—8500. (Alles in 1000 Mark bez. u. Br.).

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse

Weizen, märk., 10—10500, stramm. Roggen, märk., 7—7500, westpr. 6750, stramm. Sommergerste 8300—8500, Wintergerste 8000 bis 8250, stramm. Hafer märk. 8200—8600, stramm. Weizenmehl 36—39000 (100 Kg.), stramm. Roggenmehl 22—25000 (100 Kg.), stramm. Weizenkleie 5500, stramm. Roggenkleie 500, stramm. Viktoriaerbsen 15—18000, kleine Speiseerbsen 13—16000. Trockenschnitzel 68 bis 40000, Torfmelasse 8500, Kartoffelflocken 6500.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Stroh und Heu.

Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 200—210, Haferstroh bto. 190—200, Roggen- und Weizenstroh, bindfadengepreßt, 175—185, gebundeltes Roggenlangstroh 190—200. Heu, gutes 200—210, bto. handelsüblich 180—190.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Banken-Ruhetag.

An den Banken soll vom 29. August ab wöchentlich wegen Überlastung ein Ruhetag eingeführt werden, und zwar ist der Mittwoch dafür bestimmt worden. Der erste Ruhetag wird demnach am Mittwoch den 29. August eintreten.

Die neue Markverschlechterung in Neuyork.

Wie wir gestern bereits meldeten, hatte die deutsche Mark am Montag einen schwarzen Tag in Neuyork. Über die Gründe der Neuyorker Bewegung liegen authentische Meldungen nicht vor. Sie steht im Gegensatz zu der Entwicklung während der letzten Wochen, in denen die Neuyorker Kurse vorwiegend günstiger für die Mark gewesen sind als in Berlin. Nachdem die Reichsbank aber die amtlichen Berliner Kurse in den letzten Tagen wieder künstlich unter den Sätzen des freien Verkehrs gehalten hatte, hat der Devisenbedarf andere Auswege gesucht, und ein solcher Ausweg bestand anscheinend auch diesmal wieder in Markverkäufen an den Auslandsmärkten, falls man nicht annehmen will, daß die eigenartige Kursbildung in Neuyork bei dem dort außerordentlich eng und irregulär gewordenen Markte ein Produkt des Zufalls gewesen ist. Markverkäufe ins Ausland sind allerdings seit einiger Zeit verboten, aber das „Loch im Westen" verhindert eine strikte Kontrolle über derartige Markverkäufe. In Berliner Bankkreisen ist man der Ansicht, daß auch nach Erlaß des Verbots der Markverkäufe ins Ausland über die im Mreinlande ansässigen ausländischen englischen und amerikanischen Banken solche Markverkäufe in erheblichem Umfange getätigt worden sind. Überhaupt liegt der Schwerpunkt der in der letzten Zeit wieder verschärften Bewegung auf dem Devisenmarkte vielfach im besetzten Gebiete, und alle Kenner des Devisenmarktes stimmen nach Meldung des „B. T." darin überein, daß die stärkste Nachfrage nach Devisen in der letzten Zeit von Köln ausgegangen ist. Das Reichskabinett wird diesen Vorgängen seine ernsteste Aufmerksamkeit zu widmen haben und trotz der großen Schwierigkeiten der Kontrolle den Versuch machen müssen, mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln das Loch im Westen zu verstopfen.

Bei den Beratungen in der letzten Kabinettssitzung soll die Frage der Aufbringung eines Devisenfonds von 200 bis 500 Millionen Goldmark zum Zwecke der Sicherstellung notwendiger Lebensmitteleinfuhr im Vordergrund gestanden haben. Dieser Devisenfonds soll aus den Beständen der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels entnommen werden. Wenn es geht, in Güte, d. h. auf freiwilligem Wege der Umlage, wenn es nicht geht, auf dem Wege von Zwangsmaßnahmen. (Bestandsaufnahme mit eidesstattlichen Versicherungen und Beschlagnahme eines Teils der Devisenbestände). Ein solcher Devisenfonds kann die Lage nur für kurze Zeit bessern. Soweit devisentechnische Maßnahmen notwendig sind, dürfen sie sich nicht auf die Aufbringung eines Fonds aus den vorhandenen Beständen beschränken, bei der die Gefahr besteht, daß die abliefernden Unternehmungen sich die von ihnen hingegebenen Devisen an dem Wege der Zentralfinanzierung erfolgen. Es muß ferner auch eine Vorprüfung des Bedarfs an Importdevisen, eventuell genereller Art, eingeführt werden, eine Aufgabe, der die Devisenbeschaffungsstelle durchaus gewachsen sein würde, wenn die jetzige zeitraubende und dabei ziemlich zwecklose Nachprüfung der Devisenkäufe überflüssig wird. Die schon oft angekündigte Beschränkung der Einfuhr auf unbedingt notwendige Rohstoffe und Waren muß endlich einmal ernsthaft durchgeführt werden. Heute kann im wesentlichen jeder einführen, was er will, und die Devisenbeschaffungsstelle darf den Erwerb von Devisen bei ihrer Nachprüfung nicht beanstanden, wenn überhaupt ein Import entsprechenden Umfangs nachgewiesen wird.

Gelingt es der Reichsregierung, auf dem Wege des Umlageverfahrens oder durch Zwang in den Besitz eines nahmhaften Devisenfonds zu kommen, so erscheint es noch sehr fraglich, ob sie diesen Fonds in Lebensmittelimporten aufzehren lassen oder ob sie ihn in Verbindung mit anderen Sicherheiten als Grundstock für die Errichtung einer neuen Goldparitätswährung benutzen soll. Nachdem die meisten Wirtschaftskreise, und zwar sowohl Unternehmer wie Arbeitnehmer, auf eigene Faust und in regelloserster Weise zur Goldmarkrechnung und häufig zur Übergoldmarkrechnung übergegangen sind, erscheint es zweifelhaft, ob mit einem solchen Goldrechnungssystem, das, rechtzeitig organisiert, eine gewisse innere Wertbeständigkeit hätte bringen können, allein noch eine Ablenkung von den Devisen zu erreichen ist. Die Dinge stehen jetzt bei uns auf dem Punkte, daß man das Experiment der Schaffung neuer Goldnoten wagen muß, wenngleich sein dauernder Erfolg nicht gesichert erscheint. Es handelt sich darum, wenigstens für einen längeren Zeitraum eine Währungsfestigkeit zu schaffen, damit der unmittelbare Zusammenbruch vermieden und Zeit für die Entwirrung des politischen und wirtschaftlichen Knäuels gewonnen wird. Ob die Ausgabe von Goldnoten durch die Reichsbank, die in diesem Falle allerdings von ihren Schatzwechselschlußkontierungspflichten gegenüber dem Reiche zu entbinden sein würde, oder von einer neu zu gründenden privaten Goldmarkbank vorzunehmen wäre, ist eine technische Frage. Für die Umwandlung der Reichsbank in eine Goldbank spricht die Möglichkeit der Nutzbarmachung des noch im Besitze der Reichsbank befindlichen Goldschatzes für Deckungszwecke, gegen sie spricht neben sonstigen Fragen die Tatsache, daß die Reichsbank in breiten Teilen unserer Bevölkerung nicht mehr das unbedingte Vertrauen besitzt, das für den Schutz einer Goldwährung unerläßlich ist. In jedem Falle steht das eine fest: Die Papiermarkwirtschaft des Reiches muß, solange sie noch aufrecht gehalten werden muß, getrennt werden von dem privaten Kreditverkehr, der grundsätzlich auf Gold zu stellen ist und neben einer weitgehenden Devisendeckung und etwaigen Garantien der Wirtschaftskreise die Grundlage für die Ausgabe von Goldnoten zu bilden hätte.

Wichtiges vom Tage.

Der frühere Reichskanzler Dr. Cuno und Hugo Stinnes werden im Laufe dieser Woche in London eintreffen. Sie wollen dort bis zum Beginn der nächsten Woche bleiben.

*

Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth ist in Moskau eingetroffen.

*

Ein Flugzeug der französisch-rumänischen Verkehrsgesellschaft mußte in der Nähe von Stuttgart notlanden. Der Führer, der keinen Führerschein besaß, wurde vorläufig festgenommen und das Flugzeug beschlagnahmt.

*

Wie verlautet, hat der neue Reichsminister des Innern, Sollmann, den Staatssekretär des Amtes, den rechtsstehenden Freiherrn v. Welser, aufgefordert, sein Rücktrittsgesuch einzureichen.

*

In Fulda ist am Dienstag die deutsche Bischofskonferenz eröffnet worden.

*

Nachdem das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das laufende Rechnungsjahr am 24. Juli rechtskräftig verkündet worden ist, hat, wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" einer Verfügung des Ministers des Innern entnimmt, das Verfahren des Abbaus planmäßiger Beamtenstellen am 7. August d. J. begonnen.

*

In Verbindung mit der Jubiläumsausstellung war in Göteborg, Schweden, vom 27. Juli bis 12. August eine internationale Städtebauausstellung angeordnet. Deutschland, das durch die meisten Staatsbehörden, Städte und Siedlungsorganisationen sowie die Wanderausstellung des Deutschen Archivs für Siedlungswesen in hervorragender Weise vertreten war, errang dort einen vollen Erfolg. Dieser Erfolg gewinnt besondere Bedeutung dadurch, daß das meiste deutsche Material, das vor dem Kriege der Lyoner Ausstellung zur Verfügung gestellt war, noch immer von den Franzosen zurückgehalten wird.

Achtung!
Kaufe eine gute Milchziege
gebe auch ein guterhaltenes Herrenrad in Zahlung.
Adam Frank,
Baracke 757.73. Leunawerke.

H. Pohl,
Leipzig,
Wollwarenhandlung,
Sophienstr. 36. Tel. 11516.

Stets Einkauf von
Schafwolle
gewaschen und ungewaschen.
Gegenlieferung von Garnen Wollwaren usw.
Angebote erwünscht.
Beste Absatzquelle für Händler.

Wochenlohnzettel
hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rößner,
Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Metall- u. Gummi-Stempel
liefert
H. Heßler
Kirchstr. 7.

Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 33 — Mittwoch, den 22. August — 1923

Preisübermachung.

50] Die auf Grund der Verordnung über Preisprüfungsstellen vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzblatt I, Seite 720) errichtete Preisprüfungsstelle fordert alle Verbraucher hiemit dringend auf, sich bei Beschwerden über übermäßige Preisforderungen dadurch behilflich zu sein, daß sie in allen Fällen, in denen eine Überforderung zu vermuten ist, der Preisprüfungsstelle Mitteilung machen. Es ist unnötig, einen Arzt oder die Preisprüfungsstelle kostspielig in allgemeinen Klagen Luft zu machen; die Preisprüfungsstelle braucht genaue Angaben, für die der Angebende mit seinem Namen auch voll einsteht. Anzeigen ohne Namensangabe des Anzeigenden sind zwecklos und können nicht weiter verfolgt werden.

Schriftliche Anzeigen sind an die unten Genannten oder die Preisprüfungsstelle zu richten.

Die Gewerbetreibenden werden aufgefordert, den Mitgliedern der Preisprüfungsstelle jede Auskunft zu erteilen, die sie für die Ausübung ihrer Tätigkeit für die Preisbildung wichtiger Angaben zu machen und ihnen den Zutritt zu den Verkaufsräumen und Lagern zu gestatten. Weigerung oder unvollständige oder unrichtige Angaben sind strafbar.

Merseburg, den 16. August 1923.

Die Preisprüfungsstelle.

Verbraucher-Mitglieder der Preisprüfungsstelle
(die Erzeuger- und Handler-Mitglieder werden noch veröffentlicht):
Kornmacher Schäbel, Leunaer Str. 2,
Frau Kirchner, Runge Str. 3,
Frau Wiedemann, Merseburg, Domstreit 28,
Frau Pöthner-Witwe Fiedler, Christianenstr. Poliklinik,
Frau Oberlandesgerichtsschreiber Schreiber, Gutenbergstr. 10,
Frau Oberbeamtin Liebmann, Karlstr. 12.

Freibankordnung.

51] Der Nachtrag IV zur Freibankordnung ist durch Beschluß des Bezirksausschusses vom 1. August 1923 — B A 4425 — genehmigt worden. Der Wortlaut des Nachtrages IV ist an der Tafel im Rathaus angehängt worden.

Merseburg, den 21. August 1923.

Der Magistrat.

II 849/23.

Krankenhaus-Gebühren.

Mit Wirkung vom 18. August d. Js. ist wiederum eine Erhöhung der Gebührensätze des städt. Krankenhauses um rd. 150 % eingetreten. In Zukunft wird von einer Berücksichtigung im einzelnen abgesehen werden, da sich die Sätze stets an die der Halleschen Krankenanstalten anlehnen, die nach der dortigen Lebensmittelindexziffer wöchentlich festgesetzt werden.

Merseburg, den 22. August 1923.

Der Magistrat.

IV 2234/23.

Schornsteinreinigung.

Vom 13. August 1923 ab beträgt der Teuerungszuschlag für die Reinigung der Schornsteine, Kamine usw. im Stadtkreis Merseburg

150 000 v. H.

Merseburg, den 22. August 1923.

Die Polizei-Verwaltung.

P III 411/23.

Turnen — Spiel — Sport.

Faustball.

Männer-Turnverein gegen Turnerische Vereinigung.

Am Donnerstag treffen sich auf dem Gymnasialturnplatz am Strandchlößchen die Ausmahlmannschaften des Männer-Turnvereins Merseburg und der Turnerischen Vereinigung. Welche Mannschaft den Sieg für sich entscheiden wird, ist im voraus nicht zu sagen, da die Mannschaften in Spiel und Technik ziemlich gleichwertig sind.

Schlagball.

Freitag findet auf dem Gymnasialspielplatz ein interessantes Schlagballspiel zwischen den Mannschaften der Turnerischen Vereinigung und VfL. statt, das für alle Ballspielfreunde einen anregenden Verlauf nehmen wird, da beide Mannschaften ihr Bestes aufbieten werden, um den Sieg zu erringen.

Kunst — Literatur — Wissenschaft.

Der zweite Kongreß für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft, der vom 11. bis 13. Oktober in Halle tagt, wird außer hervorragender Fachleute über allgemeine Ästhetik sowie ästhetische Probleme der Einzelkünste, bildende Kunst, Dichtung, Musik, Theater, Film, Tanz, Kunst und Jugend) den Teilnehmern auch künstlerische Sonderveranstaltungen: eine Festvorstellung des Halleschen Stadttheaters, eine künstlerische Filmvorführung und Aufführung der Nabanschen Tanzgruppe und anderes bieten. Anmeldungen und Anfragen sind spätestens bis zum 25. September an Herrn Privatdozenten Dr. W. Liepe (Halle, Ulestraße 9) zu richten, gleichzeitig die Teilnehmergebühren an das Bankhaus Reinhold Steckner Halle für das Konto Ästhetischer Kongreß. Um weiteren Kreisen die Möglichkeit der Teilnahme zu bieten, hat die Kongreßleitung die Beiträge bei Zahlung bis zum 10. September ermäßigt, und zwar für die Hörerkarte auf 600 000 M, die Mitgliedskarte auf 1 000 000 M.

Vermischte Nachrichten.

Ein deutscher Prinzenkonzern.

Der Besuch des Herzogs Adolf v. Mecklenburg in Niederländisch-Ost-Indien hängt, wie die „Deutsche Wochenschrift für die Niederlande" zu wissen vorgibt, mit Plänen deutscher Prinzen, ihre Vermögen in indische Kulturunternehmungen anzulegen, zusammen. In Süd- und Mittelsumatra haben verschiedene Unternehmungen mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, deren Erträgnisse früher zufriedenstellend waren, und die, bei rationeller Bewirtschaftung, gute Aussichten auf Gewinn eröffnen. Die Direktionen sollen denn auch zur Anknüpfung von Unterhandlungen bereit sein. Seit dem Eintreffen des Herzogs auf Sumatra sind denn auch die Aktien verschiedener Unternehmungen, vor allem die der Kaffeeplantage „Pasoemah" nicht unbedeutend gestiegen, obgleich gerade diese Unternehmung auf der Hochebene unter den Pflanzern nicht günstig angeschrieben ist.

Die Sonnenfinsternis in Mexiko.

Am 10. September findet eine totale Sonnenfinsternis statt, die am besten in Mexiko sichtbar ist. Etwa zehn Expeditionen, die in der Hauptsache von Amerika ausgerüstet werden, sind bereits eingetroffen, um das Beobachtungsfeld vorzubereiten. Es handelt sich auch diesmal darum, die Einsteinsche Relativitätstheorie in bezug auf die Ablenkung des Lichts nachzuprüfen. In der Nähe der Sonne werden sich während der Finsternis eine 80 Sterne befinden, deren Ablenkungswinkel für jeden einzelnen von Professor Emanuella vom vatikanischen Observatorium in Rom bereits berechnet sind. Die beiden Sonnenfinsternisse vom 29. Mai 1919 und 20. September 1922 haben, wie man weiß, die Theorie Einsteins voll bestätigt. Man sieht deshalb mit großen Erwartungen dem Ergebnis der Nachprüfung gelegentlich der diesjährigen Finsternis entgegen.

Der erste Trillionendiebstahl.

Im Moskauer Gouvernementsgericht hat der Prozeß gegen die Arbeiter der ersten Staatsdruckerei und sonstige Personen begonnen, die drei Trillionen Rubel vom Lager der Druckerei gestohlen haben. Die Diebe drangen mit Hilfe eines gefälschten Ausweises in die Druckerei und erbrachen die Tür zum Lager. Ein Teil des Geldes und der Wertsachen wurde bei ihnen gefunden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230822-11/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint tägl. nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis für die 2. Augusthälfte (halbmonatl.) 400000 M. freiHaus, fällig bei Vorzeig. d. Quitto. Abweichungen nur statthaft bei Auflage d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholung wöchentl. 200 000 M. — Postbezug monatl. freibleibend. — Einzelnummer 40 000 M., bei 8 Seiten 50000 M.

Im Falle von höherer Gewalt (Krieg, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

mit dem Amtsblatt der Stadt Merseburg

der wöchentl. kostenlosen Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem monatl. erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 11000 M., im Reklameteil 44000 M., für Ehrenanzeigen und Nachweisungen 33000 M. Aufschlag, Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vorm. Belegnummer wird berechnet.

Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V. Kreis Mitteldeutschland.

Nr. 196 — Mittwoch den 22. August 1923. — 50. Jahrg.

Die Bedeutung der Steuern und der Goldanleihe.

Marksturz und Notverordnung.

Während das Plenum des Reichstags Ferien gemacht hat, sind Steuer-, Haushalts- und wahrscheinlich auch der Hauptausschuß noch längere Zeit mit Arbeiten beschäftigt. Das Finanzprogramm mit allen seinen Folgeerscheinungen hat diese Kleinarbeit des Reichstags nötig gemacht, eine Arbeit, von der der Zeitungsleser viel zu wenig erfährt. Um aber den Sinn des Parlamentarismus und die tatsächliche sachliche Arbeit würdigen zu können, die im Parlament geleistet wird, müßte man gerade über die Ausschußberatungen mehr erfahren als über manche Plenarsitzungen, in denen Kommunisten und andere Dauerredner das Parlament an produktiver Arbeit verhindern und den Reichstag zur Tribüne innerpolitischer Phrasen machen, die dem Parlamentarismus widerlegen sollen, so wie das Verhalten dieser Redner ihn ja tatsächlich schädigt.

Vor einem dieser Reichstagsausschüsse wird die Reichsregierung wahrscheinlich am Donnerstag die Maßnahmen begründen, die sie am Montag und Dienstag beschlossen hat und die zu einer **Notverordnung** zusammengefaßt werden, über deren Inhalt noch sehr wenig bekannt ist, deren Wortlaut aber am Mittwoch abend vorliegen dürfte.

Nicht der einzige, aber ein Anlaß zu so entscheidenden Maßnahmen ist der **neuerliche Marksturz** gewesen, der diesmal von Neuyork aus eintrat. Die Berliner Börse hat am Dienstag noch nicht den letzten Neuyorker Dollarkurs von 7½ Millionen Mark sich zu eigen gemacht; bei dem fast völligen Mangel an Devisenangebot im offiziellen Verkehr war aber der amtliche Dollarkurs von 5½ Millionen im Freiverkehr fast überall überboten.

Wo sind die Ursachen dieser neuen Verschlechterung der Mark zu suchen, die schon bedenklich nahe an die letzten dekorkurse zur Zeit des Berliner Kommunistenrummels herankommt? Zunächst einmal ist festzustellen, daß das Finanzprogramm noch nicht ins Stadium seiner Wirksamkeit getreten ist und daß vor allem die zur Stützung der Mark bestimmte Goldanleihe erst seit wenigen Tagen zur Zeichnung aufliegt. Es ist also zunächst ein Fortgang der Zustände vorhanden, die das neue Kabinett vom alten übernommen hat, und sowohl die unveränderte Politik der Reichsbank wie die abnorm hohen Ziffern der neuen Beamtengehälter sind als Fortsetzung dieser alten Zustände zu bezeichnen. Das muß der geistesfinstlichen Kritik entgegengehalten werden, die insbesondere von deutschnationaler Seite kommt und die aus dem Umstand, daß nun ein paar Tage lang die neue, von den Deutschnationalen betämpfte Regierung am Ruder ist, den Vorteil zieht, daß man dieser neuen Regierung alles zum Vorwurf machen kann, was gerade die deutschnationale Presse der alten, so vielfach von Dr. Helfferich beratenen Regierung hatte schweigend hingehen lassen. Ob dieser finanzpolitische Frontwechsel noch als sachliche Kritik bezeichnet werden kann, ist freilich sehr zweifelhaft.

Die Mitteilung des Reichsbanpräsidenten im Reichsrat über **die Unzahl von Billionen**, die die Reichsbank in diesen Tagen in den Verkehr pumpen muß, wäre besser nicht veröffentlicht worden; denn so sehr auch dieser Notendruck nur der schon vorhandenen Entwertung der Mark und dem berechtigten Zahlungsmittelanspruch nachzukommen bestimmt ist, so sehr wirken diese Ziffern stimmungsmäßig auf die Börsen des Auslandes ein, wo man nun einmal den Wert des Geldes nach der Umlaufszahl beurteilt, und so sehr ermuntern solche Mitteilungen die preisbildenden Wirtschaftskreise zu einer Vorauskalkulation. Deshalb beginnt ja gerade die Inflation bei uns ihren Zweck zu verfehlen, weil in jeder Preisbildung schon eine recht erhebliche Risikoprämie, eine Vorwegnahme der nächsten möglichen Markentwertung, steckt. Man kann mit der Moral in solchen Fällen wenig ausrichten; denn wenn einmal das Tempo der Inflation so schnell geworden ist, wie heute bei uns, dann drängt sich der Wirtschaft die Notwendigkeit einer solchen Risikoprämie nur zu leicht auf. Kommen dazu noch die Ankündigungen der neuen Beamtengehälter, die zum Teil ungleich den übrigen Gehältern auf mehr als einen Monat vorausbezahlt werden, dann wird auch im Detailverkehr eine Flüssigkeit erzeugt, die preistreibend wirken muß.

Alle diese Tatsachen zeigen, daß wir zu einer wenigstens teilweisen Sanierung der Staatsfinanzen und zu einer Stützung der Währung kommen müssen. Binnen kurzer Zeit würde die Inflation völlig außerstande sein, die Dienste zu leisten, die sie bei langsamer weichendem Markkurs immerhin geleistet hat, und wir hätten dann nur mehr ihre Schäden. **Es muß daher rasch und entschieden dem Reich nicht nur in Form der Steuern Papiergeld, sondern in Form der Goldanleihe und vielleicht außerhalb dieser in Form eines Devisenfonds wertbeständiges Zahlungsmaterial zugeführt werden.** Die Methoden dürften in der Notverordnung ihren Ausdruck finden. Da wir nicht wie Österreich mit fremder Hilfe, sondern aus eigenen Vorräten zu einer Teilsanierung schreiten müssen, so kann das Reich und die Währung nur aus den Gewinnen saniert werden, die während der Inflationszeit aus dem Weichen des Markkurses gemacht wurden. Es muß daher möglich sein, natürlich gegen Bezahlung in Papiermark oder gegen Reichsanleihestücke, einen Teil der Devisenreserven herauszuziehen, die eben vorhanden sind. Dazu braucht es keiner Ausnahmegesetze, die Reichsverfassung, die so viel beschimpft und so wenig gelesen wird, sagt in ihrem Artikel 134: „Alle Staatsbürger ohne Unterschied tragen im Verhältnis ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten nach Maßgabe der Gesetze bei.“ Und, im Artikel 153, der vom Eigentum handelt, heißt es ausdrücklich: **„Eigentum verpflichtet.** Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste.“ Es muß möglich sein, diese Bestimmungen zum lebendigen patriotischen Bewußtsein zu bringen und damit dem Volk zu zeigen, daß die Verfassung ihren Wert hat, wenn sie nur im nationalen Sinne wirklich angewendet wird.

Frankreichs Forderungen unverändert!

Der Inhalt der Antwort Poincarés nach Darstellung des Temps.

Der Inhalt nach der Darstellung des „Temps“.

Poincarés Antwortnote an England ist, wie bereits gemeldet, gestern übergeben worden. Ihren Inhalt können wir bisher nur aus Mitteilungen des „Temps“ schließen. Angeblich erwartet man in Paris ungeduldig Stresemanns nächste Äußerung. Was der „Temps“ über den Inhalt mitteilt, schließt aber aus, daß Stresemann sich in der Sache anders stellen kann, als die bisherige deutsche Politik.

Die Hauptsache an der Note sind die sogenannten

Vorschläge Poincarés.

Näher besehen, decken sie sich mit den bekannten Instruktionen für den französischen Botschafter in London, wie sie am 10. Juni formuliert worden sind.

Das Ruhrgebiet soll nur nach Maßgabe deutscher Zahlungen geräumt werden.

Die französische Forderung beträgt 26 Goldmilliarden.

Weitere Forderungen gegenüber Deutschland würde es in jener Höhe erheben, in der es selbst gezwungen wäre, Schulden an England und Amerika zu bezahlen. Poincare bindet also die deutschen Reparationszahlungen an die

interalliierten Schulden,

obwohl das englische Kabinett ihn bereits in der Note vom 11. August darauf aufmerksam gemacht hatte, daß eine solche Verknüpfung unstatthaft sei.

Bezüglich der Schlichtung des Ruhrkonfliktes wiederholte Poincaré in seiner Note die Instruktionen, die er dem Grafen St. Aulaire am 12. Juni erteilt hatte:

Die Einstellung des passiven Widerstandes würde eine Abänderung der Besetzung herbeiführen. Der Grundsatz der Besetzung würde aufrecht erhalten bleiben, aber die Zahl der Truppen vermindert werden, und sie würden aus den Bergwerken und Fabriken zurückgezogen. Die Eisenbahnen und Kanäle würden von ihnen nicht mehr bewacht werden. Aber „geräumt“ würde das Ruhrgebiet nur im Verhältnis der von Deutschland geleisteten Zahlungen.

Gegen die Einsetzung einer Sachverständigenkommission

sprach sich Poincaré energisch aus. Frankreich sollte 26 Milliarden, Belgien 5, England 14, Italien 2, und die kleineren Alliierten sollten 4,8 Milliarden erhalten. Dazu käme später die Summe, die an Amerika bezahlt werden müßte.

Betreffend

die Zahlungsmethode

stützt sich die Note auf die früheren Mitteilungen, die nicht erwidert werden. Wir kennen die Lage nur beurteilen, wenn wir die damaligen Zahlungsbedingungen, die also auch jetzt gelten sollen, ins vorgegenwärtigen. Als sofortige Einnahmequellen kommen zur „Sicherung“ der Zahresszahlungen in Frage:

1. **die Eisenbahnen des linken Rheinufers,** die bereits von einer interalliierten Regie verwaltet werden, sollen an eine Gesellschaft übertragen werden, an der Frankreich, Belgien, England und die Rheinlande (?) beteiligt werden sollen. Es ist wohl nicht nötig, auf den Wert dieses Pfandes vom Gesichtspunkt der Sicherheit besonders hinzuweisen.
2. Da die **deutsche Schwerindustrie** sich auf Kosten des deutschen Volkes und der Alliierten bereichert hat, so ist es nicht mehr als billig, daß sie sofort einen beträchtlichen Teil der Reparationen auf ihre Schultter nimmt. Eine Anzahl **Kohlengruben des Ruhrreviers sollen vom Reiche enteignet und an eine Gesellschaft übertragen werden,** die auf der gleichen Grundlage zu errichten ist, wie die für den Betrieb der linksrheinischen Eisenbahnen. Die Alliierten erhalten auf diese Weise die Verfügung über die Kohlen, auf die sie ein Anrecht haben. Deutschland aber entledigt sich eines sehr beträchtlichen Teiles seiner Schuld in kapitalisierter Form.
3. Die **Sachlieferungen** sind in einem noch genau zu bestimmenden Umfange wieder aufzunehmen.
4. Die **deutschen Zölle** sind in Gold oder Goldeswert zu erheben und den Alliierten auszuliefern.
5. Gemäß den in Deutschland selbst angewandten Grundsätzen soll ein gewisser Prozentsatz der aus dem Verkauf gewisser Ausfuhrwaren der Großindustrie eingehenden Devisen an die Alliierten abgeliefert werden. Dieser Prozentsatz soll 26. v. H. betragen.

*

Mit diesem Inhalt kann die Antwortnote Poincarés weder in England noch in Deutschland ein neues, fruchtbares Verhandlungsfeld erschließen. Für England ist der Passus mit den interalliierten Schulden die Hemmung, für uns die Fragen des passiven Widerstandes und der Räumung und Beschlagnahme.

Nun soll Stresemann einen neuen Akzent in die Verhandlungen bringen. Angeblich will man ihm in Paris zugestehen, von einer Finanzkontrolle über Deutschland abzusehen, ein Zugeständnis, das von England nicht zu erreichen ist. Auch diese Wendung ist freilich zunächst nur vom „Temps“ angedeutet.

So viel faßt sich jedenfalls sagen, daß Poincarés Note die Reparationsfrage auf dem toten Punkt festhält!

Das Programm des Innenministers Sollmann.

Eine Unterredung über die sächsische und bayrische Frage.

Der neue Innenminister Sollmann, ein im Rheinlande bei allen Parteien als national denkender Mann hochangesehener Abgeordneter, hat dem Vertreter des Berliner Tageblattes Mitteilungen über die gegenwärtige Lage gemacht. Daraus ist neben der Forderung, daß die Reichsregierung eine bestimmte Devisenmenge zur Währungsstützung bekommen müsse, insbesondere die Stellungnahme gegenüber **Sachsen, Bayern** und der **deutschnational-deutschvölkischen Opposition** hervorzuheben. Im Hinblick auf Sachsen zeigte Dr. Sollmann den absoluten Willen, Ordnung zu machen und zusammen mit der sächsischen Regierung, die bekanntlich in den letzten Tagen umgelernt hat, den Terror der jugendlichen Arbeiter zu brechen. Sollmann bedauerte dabei, daß von deutschnationaler Seite die unerfreulichen Ereignisse in Sachsen in der Presse noch aufgebauscht wurden und daß diese Tendenzmeldungen der deutschen Volkswirtschaft schaden, sodaß zum Beispiel die demnächst zu eröffnende Leipziger Messe mit einer starken Schädigung des Auslandsgeschäftes rechnen muß. Die Mitteilungen über die Entschlossenheit, Ordnung zu machen, haben neuerlich den Ruf bekräftigt, den der neue Innenminister genießt und der ihm durch den besonderen Haß der Kommunisten bescheinigt ist. Gegenüber **Bayern** erklärte Dr. Sollmann, daß die Nachricht falsch sei, die bayrische Zeitungen über neuerliche „gewaltsamer Experimente“ gebracht hatten. Von derartigen Plänen ist im Reichsministerium des Innern nichts bekannt. Man solle also in Bayern die neue Regierung nicht mißtrauisch und nervös begrüßen, sondern ihr Zeit zur Tätigkeit lassen. E. Sollmann, stamme selbst aus dem jetzt bayrischen Koburg, habe lange in Süddeutschland und ein Vierteljahrhundert im Rheinland gelebt, wo eine ebenso ausgeprägte Eigenart der Bevölkerung wie in Bayern vorhanden sei und wo man auch nicht allzu starke „Liebe zu Berlin“ besitze, die in Bayern bei der Neubesetzung der Ministerien vermutet wurde.

Über die **deutschnationale Presse** äußerte der Minister, daß deren Opposition zu ertragen sei, daß man aber sich darüber wundern müsse, wie auch ernst zu nehmende deutschnationale Blätter die offene Morbhetze deutschvölkischer und national-sozialistischer Zeitungen gegen den Reichskanzler allzu leicht nähmen und die Zeitungsverbote verspotteten. Man habe doch noch die Erinnerung an die Pressehetze, die der Ermordung Erzbergers und Rathenaus vorausgegangen sei. Sollmann erklärte, daß er nach wie vor alle Blätter, die zu Gewalttätigkeiten aufreizen, rücksichtslos verbieten werde, was mit der wahren Freiheit der Presse gar nicht in Konflikt komme. Daß ein scharfes Vorgehen nötig ist, hat erst unlängst eine Unterredung bewiesen, in der Hitler einem amerikanischen Blatte Äußerungen zur Verfügung stellte, die den Kredit des jetzigen deutschen Staates untergraben müsse, was gerade bei der in New York vorhandenen Markbaisse die schlechteste Wirkung haben kann.

London in Erwartung der französischen Note.

London, 22. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Die französische Note ist gestern abend hier eingetroffen und wird einer genauen Prüfung unterzogen werden. Alsdann werden Ab-
schriften den [illegible] einem juristi-
schen Berater [illegible] rd, an die in
und außer[illegible] werden. Erst
wenn der [illegible] nzösische Note
und die f[illegible] ehend geprüft
haben, wi[illegible] notwendig ist,
einen Ka[illegible] ngekroffen ist.
Während [illegible] gen Poincarés
Standpun[illegible] noch eine wenig
Lücke klaff[illegible] imistische Auf-
fassung be[illegible] che mit Frank-
reich zu be[illegible] gland wünsche
niemand e[illegible] ichen, das die
französische[illegible] ein Kompro-
miß zu ju[illegible] ffse zusammen-
zuarbeiten.

Part[illegible] s Brüssel teilt
„Evoile Be[illegible] morgen abend
überreicht [illegible] übergabe in
London er[illegible] ischen Priori-
tät beschäf[illegible] her an Repa-
rationen e[illegible]

	21. 8. 23. Mark (Geld)
1 holländ[illegible]	250000
1 belgis[illegible]	275000
1 norwe[illegible]	1025000
1 dänis[illegible]	1150000
1 schwe[illegible]	1650000
1 italien[illegible]	270000
1 Pfund [illegible]	28500000
1 Dollar [illegible]	6250000
1 französischer Frank[illegible]	301245 345000
1 Schweizer Frank[illegible]	957600 1150000
1 tschechische Krone	155610 185000

Die Notverordnung.

Berlin, 22. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Heute morgen finden die Besprechungen mit Vertretern der Wirtschaft beim Reichskanzler über die Schaffung des Devisenfonds statt. Anschließen werden sich Besprechungen mit den Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, des Gewerbes und der Banken. Ferner sind Beratungen mit dem vereinigten Reichsratsausschuß im Gange. Wann der Hauptausschuß des Reichstages zusammentritt, steht noch nicht fest. Ursprünglich war er für Donnerstag geplant, doch ist dieser Termin schwankend geworden. Jedenfalls wird der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit selbst das Wort ergreifen, um die programmatischen Maßnahmen der Regierung bekannt zu geben und zu erörtern. Es ist gleichfalls noch nicht bestimmt, ob die Besprechungen mit den Parteiführern schon heute stattfinden.

*

Berlin, 22. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Wie wir von zuständiger Seite erfahren, nehmen die Zeichnungen auf die Goldanleihe einen durchaus befriedigenden Verlauf. Gerade in den letzten Tagen haben zahlreiche Zeichnungen stattgefunden. Heute mittag fand im Reichsfinanzministerium eine Beratung mit den Vertretern der Banken über die Goldanleihe statt.

Vom Devisenmarkt.

Berlin, 22. Aug. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Im Gegensatz zu gestern herrschte heute am Devisenmarkt bemerkenswerte Ruhe; das Geschäft bewegte sich während des Vormittags in sehr ruhigen Bahnen. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, die in den letzten Tagen stets des Vormittags einen sehr großen Umfang aufwies, war sehr gering. Die starke Zurückhaltung dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß man sich noch darüber im Unklaren ist, welch Inhaltes die angekündigte Notverordnung der Reichsregierung sein wird. Man rechnet auch mit einer neuen Intervention am Devisenmarkt. Unter diesen Umständen kam einiges Material aus den Kreisen des Publikums heraus. Englische Pfunde, die mit etwa 26 bis 27 Millionen einsetzten, gaben bis auf 24½ Mill. nach. Dementsprechend stellte sich der Dollar auf 5,4 bis 6,1 Mill.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230822-11/fragment/page=0007